



Plenarprotokoll

17. Sitzung

Kiel, Freitag, 17. November 2000

Situation der Außenhandelswirtschaft in Schleswig-Holstein	1241	Heinz Maurus [CDU].....	1249, 1256
Antrag der Fraktion der SPD		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD].....	1251
Drucksache 15/522		Wolfgang Kubicki [F.D.P.].....	1252
Thomas Rother [SPD]	1241	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1253
Uwe Eichelberg [CDU].....	1242	Lars Harms [SSW].....	1254
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]	1243		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1245	Beschluss: 1. Überweisung des Berichts Drucksache 15/511 an den Innen- und Rechtsausschuss	
Lars Harms [SSW].....	1245	2. Überweisung des Antrages Drucksache 15/532 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Umweltaus- schuss und den Wirtschaftsausschuss..	1257
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr.....	1247		
Beschluss: Annahme	1248	Verbeamtung von Lehrerinnen und Leh- rern	1257
Konsequenzen aus der Havarie „Pallas“.	1248	Landtagsbeschluss vom 12. Juli 2000 Drucksache 15/261	
Landtagsbeschluss vom 28. September 2000 Drucksache 15/378		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/513	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/511		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	1257
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/532		Jost de Jager [CDU].....	1258
Klaus Buß, Innenminister	1248, 1256		

Silke Hinrichsen [SSW]	1260	Antrag der Fraktion der CDU	
Jürgen Weber [SPD]	1261	Drucksache 15/539	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	1261	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	1273
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1262	Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU].....	1274
Beschluss: Beratung abgeschlossen	1263	Maren Kruse [SPD].....	1275
Fremdsprachenunterricht an Grundschulen	1263	Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]	1276
Landtagsbeschluss vom 28. September 2000 Drucksache 15/427		Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1277
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/514		Silke Hinrichsen [SSW]	1278
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/536		Beschluss: 1. Überweisung des Berichts der Landesregierung Drucksache 15/525 an den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	1263, 1271	2. Überweisung des Antrages Drucksache 15/539 an den Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss	1279
Gero Storjohann [CDU]	1265		
Dr. Henning Höppner [SPD]	1266		
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	1267		
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1268		
Anke Spoorendonk [SSW].....	1270		
			* * * *
Beschluss: 1. Überweisung des Berichts der Landesregierung Drucksache 15/514 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung			
2. Überweisung des Antrages Drucksache 15/536 an den Bildungsausschuss	1272		
Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein	1272	Regierungsbank:	
Landtagsbeschluss vom 28. September 2000 Drucksache 15/382 (neu)		Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/515		Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Anke Spoorendonk [SSW], zur Geschäftsordnung	1272	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss	1272	Klaus Buß, Innenminister	
Verbraucherberatung Schleswig-Holstein e. V.	1273	Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
Landtagsbeschluss vom 28. September 2000 Drucksache 15/415		Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/525		Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
		Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
			* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Sitzung. Wir treten wieder in die Tagesordnung ein.

Ich darf zunächst folgende Mitteilungen machen. Erkrankt sind die Abgeordneten Irene Fröhlich, Dr. Christel Happach-Kasan, Sandra Redmann und Berndt Steincke. Beurlaubt ist der Abgeordnete Klaus Schlie.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Situation der Außenhandelswirtschaft in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 15/522

Ich darf fragen: Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Rother.

(Unruhe)

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Thomas Rother [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja nicht gerade häufig, dass sich ein Abgeordneter in seiner Rede im Landtag nur mit erfreulichen Fakten beschäftigen darf. Aber bei diesem Thema ist dies doch einmal der Fall.

Die Ein- und Ausfuhrbeziehungen eines Landes auf den zunehmend globalisierten Märkten sind von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung. Für **Schleswig-Holstein** ist der **Außenhandel** erfreulicherweise - nicht zuletzt dank der punktgenauen Förderung durch die Landesregierung - ein immer wichtiger werdender Teil unseres Wirtschaftsgeschehens.

Die Ergebnisse dieser Förderung können sich sehen lassen.

Die Exportquote - es ist immer noch sehr unruhig - ist seit 1993 stetig angestiegen und hat im vergangenen Jahr 31 % erreicht und damit nahezu Bundesniveau. Die schleswig-holsteinische Wirtschaft gliedert sich damit immer mehr in den internationalen Handelsaustausch ein. Zu exportieren ist für die schleswig-holsteinische Wirtschaft nicht mehr länger -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

Thomas Rother [SPD]:

- danke sehr! -, wie noch in den 80er-Jahren, eine Ausnahme, sondern die Normalität geworden. Auch in dieser Beziehung hat unser Land in den vergangenen Jahren aufgeholt.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Mit seinen vor kurzem vorgestellten Eckpunkten für die künftige **Außenwirtschaftspolitik** hat Wirtschaftsminister Bernd Rohwer den Weg für die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte gewiesen. Besondere Erwähnung verdient die Unterstützung, die namhafte Unternehmerpersönlichkeiten zur Stärkung dieser Politik zugesagt haben. Politik und Wirtschaft ziehen hier an einem Strang.

Diese „Standortbeauftragten“ sollen Kontakte und Kooperationen herstellen und vertiefen. Es ist wirklich bemerkenswert - oder vielleicht zukünftig doch selbstverständlich -, dass Herr Dr. Klaus Murmann, der frühere Arbeitgeberpräsident, oder Herr Petersen, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Ethicon Endo-Surgery, oder Herr Dr. Dietrich Schulz, Aufsichtsratsvorsitzender der Possehl & Co., ihre Verbindungen und Erfahrungen als „One-Dollar-Men“ zum Wohle des Landes einsetzen.

Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik in unserem Lande funktioniert und es funktioniert sogar gut.

(Beifall bei der SPD)

Die Delegationsreise der Ministerpräsidentin nach Japan und China hat deutlich gemacht, dass Schleswig-Holstein über Pfunde wie **Medizin-, Bio- oder Meerestechnik** verfügt, mit denen auch international gewuchert werden kann. Der beabsichtigte Austausch von Studenten und Führungskräften rundet das Ergebnis der Reise ab. Die Repräsentanz der Wirtschaftsförderung in Ostasien zahlt sich aus.

Genauso haben die Reisen von Wirtschaftsminister Dr. Bernd Rohwer in die USA sowie nach Finnland und Estland nicht nur intensive Einzelkontakte ergeben, sondern auch Vorschläge für weiterführende Aktivitäten. Manche von Ihnen haben vielleicht den Bericht des Kollegen Eichelberg über die Delegationsreise in die USA oder den Bericht des Kollegen Fischer über die Reise in den nordöstlichen Ostseeraum gelesen. Ich hoffe, sie haben daraus entnehmen können,

(Thomas Rother)

dass es sich dabei nicht nur um bessere Kaffeefahrten handelt - solche Vorwürfe gab es in diesem Hause ja in Bezug auf die Ostseekooperation -, sondern dass es sich dabei um die Aufnahme gezielter **Kontakte** handelt, was oft wirksamer ist als so manche Mark an Fördermitteln.

Unser **Berichtsantrag** zielt darauf ab, etwas ausführlicher, als dies im jährlichen Wirtschaftsbericht der Fall ist, über die Entwicklung des Außenhandels, seine Struktur und seine Perspektiven zu berichten, auch in der Hoffnung, dass diese erfreuliche Entwicklung mehr als bisher zur Außendarstellung des Landes genutzt wird. Auch das ist nämlich wichtig.

Mit dem Bericht kann eine weitere Grundlage zur Nutzung der Chancen in der Außenhandelswirtschaft gelegt werden. Wir hoffen auf eine Vorlage des Berichts in der Januar-Tagung. Das geht aus dem Antrag nicht so genau hervor, aber das ist damit gemeint. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Uwe Eichelberg.

Ich darf die Gelegenheit nutzen und auf der Besuchertribüne die Damen und Herren der Abendvolkshochschule Leck und die Soldaten des 2. ABC-Abwehrbataillons 610 in Albersdorf begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Rother, um es gleich vorweg zu sagen: Wir stimmen Ihrem Antrag natürlich zu. Wir meinen aber, dass er auch einer kleinen kritischen Würdigung bedarf. In Ihr Loblied können wir nicht in allen Tönen einstimmen. Das werden Sie sicherlich verstehen. Das werden Sie wahrscheinlich auch bei der Bearbeitung des Themas gemerkt haben.

Nachdem **Schleswig-Holstein** das geringste reale **Wirtschaftswachstum** außer Berlin - auch im Vergleich zu den neuen Bundesländern - zu verzeichnen hatte, wofür der Herr Minister keine richtige Erklärung hatte, sucht man sich natürlich den Punkt aus der Statistik heraus, von dem man meint, dass man damit ein bisschen glänzen könne. Dafür haben wir Verständnis. Aber ob das eine Erfolgsstory ist, darüber wollen wir im Ausschuss debattieren, wenn der Bericht vorliegt. Ich meine, dass vieles von dem, das Sie

fragen, schon parat ist. Das können Sie sehen, wenn Sie die vorliegenden Statistiken lesen. Wir jedenfalls meinen, dass wir es herausgelesen haben.

Es ist wichtig, dass Schleswig-Holstein stärker als in der Vergangenheit erkennt, dass nicht nur Kulturaustausch als Außenkontakt wichtig ist, sondern auch die **außenwirtschaftlichen Beziehungen** von großer Bedeutung sind, auch für dieses Land, gerade im Rahmen der globalen Beziehungen, die sich überall im Rahmen von Netzen entwickeln. Wir müssen daran mitarbeiten. Es war eine bittere Erfahrung, auf den Reisen - gerade in die USA - zu erkennen, dass viele der süddeutschen und südwestdeutschen Bundesländer in der Vergangenheit erhebliche Aktivitäten entfaltet haben. Dagegen müssen wir anhalten. Das ist ganz klar.

Die **Exportraten** gerade jetzt als Erfolgsstory darzustellen, ist beachtenswert. Lieber Herr Rother, wollen Sie die Euro-Schwäche, die das Ergebnis eines nicht besonders guten Ansehens der Wirtschaftspolitik in den sozialdemokratisch geführten Ländern Europas ist, wirklich als gewollt ansehen,

(Widerspruch bei SPD und SSW)

also als Ihr Instrument der Wirtschaftspolitik? Vermutet habe ich das schon lange; aber ich habe es bisher nicht gehört.

(Lars Harms [SSW]: Auch Dänemark ist sozialdemokratisch regiert!)

In der Vergangenheit haben Sie besonders hervorgehoben, dass allein die mittelständischen und die kleinen Betriebe der technologischen Zukunftsindustrien als Dienstleister unserem Land die großen Erträge bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Wir haben dort viel investiert, lieber Herr Nabel! Das war auch richtig so. Aber wir erkennen alle sehr deutlich, gerade bei den „Aushängeschildern“ wie MobilCom, Basler oder Micrologica, die wir in der Vergangenheit immer wieder im Munde führten, dass wir auf positive Ergebnisse für unser Land und auf mehr Steuereinnahmen warten müssen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Denken Sie an die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplätze! - Konrad Nabel [SPD]: Wir haben weniger Arbeitslose als NRW! Sie haben keine Ahnung!)

In der Vergangenheit haben wir hinsichtlich der Förderung immer wieder davor gewarnt, zu einseitig zu sein. Es war sicherlich falsch, dass wir gerade in den kriti-

(Uwe Eichelberg)

schen Phasen manche Branchen wie Tourismus, Nahrungsmittelindustrie, Bauwirtschaft und Gesundheit wenig unterstützt haben. Davon wurde die Binnen- nachfrage nämlich auch beeinflusst.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Lieber Herr Neugebauer, auch ich verstehe etwas davon; so viel wie Sie auf jeden Fall, das sollten Sie mir schon glauben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gerade wenn Sie die Zahlen analysieren, Herr Neugebauer - darin sind Sie ja an und für sich ein Spezialist -,

(Heiterkeit bei der CDU)

müssten Sie eigentlich erkannt haben, dass gerade jene Branchen, die wir in der letzten Jahren mit großer Sorge betrachtet haben, wie die Werften, die Chemie, den Maschinenbau und auch die Nahrungsmittelindustrie, im Augenblick wegen der **Euro-Krise** besonders gute **Exportquoten** aufzuweisen haben. Es kann doch nicht sein, dass das von Ihnen so gewollt war. Das haben wir vorher nicht gehört und das haben wir auch nicht gemerkt.

Analysieren Sie die Zahlen also ganz genau. Das gibt Ihnen viele Anhaltspunkte. Unter anderem zeigen die Zahlen, dass die Exporte nahezu ausschließlich von **Großkonzernen** vorgenommen werden und nicht von den kleinen Firmen, die wir im Auge hatten. Außerdem zeigen die Zahlen sehr deutlich, dass wir zwar gute Zuwachsraten haben, dass wir aber immer noch wesentlich schlechter als andere Bundesländer dastehen. Außerdem steht Deutschland innerhalb Europas ohnehin ganz hinten und ringt mit Italien um den letzten Platz. Das war noch nie so. Das müssen wir einfach einmal feststellen.

Wenn Sie die Zahlen ganz gründlich analysieren, werden Sie auch merken, dass die Exporte gerade in diejenigen Länder gehen, in denen nicht in Euro gezahlt wird. Die profitieren vielmehr von der Euro-Schwäche.

Davon, dass der Euro nicht dauerhaft schwach bleibt, gehen wir ja wohl alle gemeinsam aus. Gerade wenn der **Euro** aber wieder ein normales Maß annimmt, dann werden wir Sie festnageln und Ihnen sagen: Diesen Maßstab haben Sie damals gewählt. Wenn dann die **Wirtschaftspolitik** kritisch zu beurteilen ist, wird man sich fragen: War das wirklich eine solche Erfolgsstory, Herr Rother?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie merken also, wie sehr gefährlich dieser Ansatz ist. Auf der anderen Seite meinen wir, dass dieses Pflänzchen Außenwirtschaft gerade so, wie Wirtschaftsminister Rohwer es anpackt, eigentlich nicht geeignet ist, in den Streit zwischen den Parteien zu geraten, denn dieses Pflänzchen müssen wir gemeinsam pflegen. Es bietet gute Ansätze und dann kann es eine Erfolgsstory werden. Davon sind wir aus vollem Herzen überzeugt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Nicht so viel! Das geht von meiner Redezeit ab.

(Heiterkeit)

Aber, Herr Rother, mit drei Gastarbeitern aus der Wirtschaft ist es nicht getan. Für die Wirtschaft müssen wir die Rahmendaten anders setzen. Gerade diejenigen Unternehmen, die mit starken Anteilen an den Exporten teilhaben, sind ja in Wirtschaftskomplexe globaler Natur eingebunden. Deswegen sind die Rahmendaten und Ansiedlungsfaktoren wichtig.

Die beste Botschaft eines Wirtschaftsministers wäre: Wir haben einen festen Euro, wir haben gut ausgebildete Leute, wir haben eine zukunftsweisende Infrastruktur, wir haben niedrige Energiekosten und wollen die Kraftwerke nicht abschalten, wir haben ein verlässliches Steuer- und Abgabensystem - es wird nicht je nach Haushaltslage etwas Neues erfunden wie die Oberflächenwasserabgabe -, wir haben ein innovationsfreundliches Umfeld, wir haben klare Förderstrukturen - nicht einen Wirrwarr - und wir haben ein Arbeitsrecht, das gerade diesen Firmen besonders entgegenkommt.

Ich glaube, wir müssen eine ganze Menge tun. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten. Diskutieren wir deswegen den Bericht später auch im Ausschuss!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Christel Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Irgendwie finde ich diese Zufälle zunehmend witzig: Da stellt der Wirtschaftsminister am 8. November 2000 seine erfolgreiche alte und offenbar sehr zielgerichtete neue **Außenwirtschaftspolitik** vor und - siehe da - fast zeitgleich fordern „seine“ Regierungsfaktionen ihn auf, dasselbe auch noch einmal im

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Landtag zu tun. - Sollte da vielleicht jemand nicht lesen können?

(Holger Astrup [SPD]: Was für ein Zufall! Das ist aber ein Zufall - jetzt, wo Sie das sagen, Frau Kollegin!)

- Ja, das finde ich auch. Gut, dass Sie das bestätigen. Vielen Dank!

Oder möchte man vielleicht der Öffentlichkeit lieber zweimal das Vergnügen bereiten, die Fortsetzung der „erfolgreichen Politik“ zu feiern - einer Politik, die übrigens 1984 von dem damaligen CDU-Wirtschaftsminister Dr. Westphal ins Leben gerufen wurde?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wie es auch sei: Der Antrag und der Bericht geben zu folgenden Bemerkungen Anlass.

Erstens. Die **schleswig-holsteinische Exportquote** von nunmehr 31 % unterstreicht die zunehmende Bedeutung des Auslandsumsatzes für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze unseres Landes. Dass wir damit fast an die durchschnittliche Exportquote des Bundes herangekommen sind, ist ein Erfolg der Betriebe im Lande und ein Zeichen zunehmender internationaler Verflechtung. Ohne diesen Erfolg schmälern zu wollen, sei darauf hingewiesen, dass Exporte in Länder des europäischen Binnenmarktes streng genommen nicht mehr so recht als „Außenwirtschaft“ bezeichnet werden dürften.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Zweitens. Der Einsatz der Landesregierung, der Kammern und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur **Unterstützung der heimischen Wirtschaft** hat mit Sicherheit zu diesem Ergebnis beigetragen. Wir wissen alle, dass unsere Wirtschaft klein- und mittelständisch organisiert ist, und ich bin fest davon überzeugt, dass gerade für die kleineren Betriebe zum Beispiel die Organisation von Messeauftritten im Ausland, aber auch die Beratung vor Ort oder die Erkundung von Marktmöglichkeiten eine wichtige Hilfe bedeuten. Eigeninitiative der Unternehmen bleibt dabei selbstverständlich unerlässlich.

Drittens. Es ist sehr erfreulich, dass **Persönlichkeiten** wie Herr Dr. Murmann, Herr Uwe Petersen und Herr Dr. Schulz dafür gewonnen werden konnten, ihre Erfahrungen und Kontakte zum Wohle des Landes einzusetzen. Mindestens ebenso wichtig sind meines Erachtens aber die **Delegationsreisen**, bei denen Kontakte durch die Minister selbst, aber natürlich auch direkt durch die sie begleitenden Vertreter der Wirtschaft geschlossen werden.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Aus eigener beruflicher Erfahrung weiß ich, dass gerade in Asien ein möglichst hoch angesiedelter politischer Repräsentant viele Türen öffnen kann, die sonst verschlossen blieben. Auch im Zeitalter der elektronischen Kommunikation ist es im Übrigen wichtig, dass Eingangskontakte persönlich geknüpft werden.

Viertens. Der gesamte **Ostseeraum** bleibt als **Außenwirtschaftspartner** wichtig. In diesem Bereich ist insbesondere durch die Industrie- und Handelskammer zu Kiel eine höchst wertvolle Grundlage gelegt worden, die erhalten bleiben muss.

Bei aller Wertschätzung der Arbeit der Kammern darf sich die Landesregierung allerdings das Heft des politischen Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen. Diese Gefahr ist nicht zu übersehen, nachdem Gerd Walter - genannt „Mister Europa“ - leider ausgeschieden ist.

Die **USA** und **Asien** sollten allein aufgrund ihrer ungeheuren Wirtschafts- und Entwicklungskraft im Fokus unserer außenwirtschaftlichen Beziehungen stehen. Dabei ist es wichtig, regionale Beziehungen, das heißt Beziehungen mit Wirtschaftsregionen spezifischer Ausprägung, zu pflegen. Es muss also Anknüpfungspunkte gerade für die Struktur und das Know-how der schleswig-holsteinischen Wirtschaft geben. Und - das scheint mir von außerordentlicher Bedeutung zu sein - die **Kontakte** müssen wirklich gepflegt werden, das heißt, **Kontinuität** und Dauerhaftigkeit der Beziehungen sind notwendig.

(Beifall bei F.D.P., CDU, SSW und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Fünftens. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der **Außenwirtschaft** bleibt uns unverständlich, dass die **Mittel** in diesem Bereich erheblich gekürzt werden sollen. Alle anderen Bundesländer außer Bremen und dem Saarland - Hamburg ist in diesem Zusammenhang ein Sonderfall; Hamburg nimmt einfach eine völlig andere Position im gesamten Welthandel ein - gaben schon in der Vergangenheit - tun es aber auch heute noch - erheblich mehr finanzielle Mittel gerade in den Bereich der Außenwirtschaft, während wir diese Mittel zurückfahren. Ich halte das nicht für sinnvoll.

Wir als F.D.P. haben entsprechende Haushaltsanträge zur Wiederaufstockung auf den Betrag aus dem Haushalt des letzten Jahres gestellt und hoffen auf Ihre Unterstützung dieses Antrags.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich bemerken, dass wir wieder einmal über einen Bericht diskutieren, bevor der Bericht selbst vorliegt.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist doch wunderbar!)

Wir hatten ja mal eine Absprache getroffen, dass wir das nicht tun wollten, aber offensichtlich ist das schwer durchzuhalten.

Zum Zweiten möchte ich zu dem Thema selbst sagen, dass in den letzten Jahren in **Schleswig-Holstein** ein **Strukturwandel** eingeleitet worden ist. Dieser Strukturwandel findet ununterbrochen statt und verändert die Wirtschaft dieses Landes. Er findet in neuen Sektoren statt, die hier auch beschrieben worden sind, gerade im Bereich neuer Technologien, die in Schleswig-Holstein in der Vergangenheit nicht existiert haben und beginnen, die Wirtschaft dieses Landes zunehmend zu prägen.

Das heißt nicht unbedingt - da haben Sie Recht, Frau Aschmoneit-Lücke -, dass das unbedingt zu zusätzlichen Exporten führt. Es ist durchaus denkbar, dass sich diese zusätzlichen **Wirtschaftsimpulse** zunächst in Deutschland auswirken, gerade wenn es kleine Firmen sind; viele von ihnen sind im dienstleistungsnahen Bereich - beispielsweise im Softwarebereich oder in der IT-Technologie - angesiedelt und haben zunächst einmal Firmenkontakte mit anderen deutschen Firmen und sind im Inland aktiv. Das ist überhaupt nichts Schlimmes. Deshalb ist die Frage, wie hoch die Exportquote ist, zunächst nicht ausschlaggebend und auch kein Signal dafür, ob eine Wirtschaft gesund ist oder nicht.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Es geht also letztlich darum, welche Qualität die Wirtschaft hat und wie sie sich entwickelt.

Richtig ist natürlich Ihr Hinweis, dass im Rahmen der Europäischen Union die Frage, was **Export** ist und was nicht, anders betrachtet werden kann. In den USA beispielsweise wird ein Großteil der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Inland abgesetzt; die Exportquote ist sehr gering. Trotzdem wird niemand sagen, die USA sei ein wirtschaftsschwaches Land. Ich meine, die Dinge sind hier relativ zu betrachten.

Allerdings ist es sicherlich notwendig und sinnvoll, dass sich die Unternehmen in Schleswig-Holstein Märkte auch außerhalb Deutschlands und außerhalb der Europäischen Union, beispielsweise in Übersee, erschließen, gerade wenn es sich um Firmen handelt, die eine sehr spezielle Produktpalette haben und dadurch auf neue Absatzgebiete angewiesen sind.

In diesem Sinne unterstütze und begrüße ich die engagierten und kompetenten Anstrengungen sowie den Einsatz unseres Wirtschaftsministers, der in seiner kurzen Amtszeit bereits eine ganze Reihe von Impulsen gesetzt und deutlich gemacht hat, dass ihm dieses Thema am Herzen liegt. Ich bin sehr gespannt auf den Bericht, den er vorlegen wird.

An dieser Stelle möchte ich noch eine Bemerkung machen. Strukturwandel ist etwas, was langfristig wirkt. Das geht Schritt für Schritt. Wenn man jährlich aus dem, was in der Zeitung steht, die Höhen oder Tiefen der Wirtschaftspolitik herausinterpretiert, dann ist das etwas kurz gesprungen, lieber Herr Eichelberg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen Zeit für eine nachhaltige **Wirtschaftspolitik**. Ein Land wie Schleswig-Holstein kann sich nicht innerhalb von Monaten entwickeln, sondern das braucht Jahre und Jahrzehnte.

Was im letzten Jahrzehnt geschaffen wurde - ich sage das jetzt ganz bewusst: auch in der Zeit, als die Grünen nicht an der Regierung waren - aus einem Land, das in der Tradition von Landwirtschaft, Tourismus und Werften stand, ist enorm. Es hat sich sehr viel verändert; das kann man überall beobachten. Und das ist eine Leistung, die auch anerkannt werden muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab grundsätzlich Folgendes: Die neuen und auch in **Schleswig-Holstein** neuartigen Aktivitäten in der **Außenwirtschaftspolitik** sind nur zu begrüßen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Herr Kollege Eichelberg, da gibt es dann auch nichts

(Lars Harms)

schlecht zu reden. Wir sollten gemeinsam vorausgucken.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Dabei sind **Delegationsreisen** unter dem Dach der Landesregierung oder des Landtages in der Öffentlichkeit ja oft umstritten. Wenn man nicht mit den Menschen spricht, sprechen sie mit anderen - und dann eben nicht mit uns. Wer **Export** haben will, muss sich nach außen begeben. Deshalb ist die „Reisediplomatie“ der Landesregierung und des Landtages auch sehr sinnvoll.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Die traditionelle Zusammenarbeit **Schleswig-Holsteins** mit **Dänemark** zeigt, dass Außenwirtschaftspolitik oft langfristig angelegt ist und neben den kurzfristigen Erfolgen immer auch zu weiteren Kontakten führt. So bekommt die Zusammenarbeit mit dem Ausland auch eine Eigendynamik, von der alle Seiten profitieren. Ähnlich sollte es selbstverständlich auch bei anderen Ländern sein. Deshalb ist es wichtig, ständig neue Kontakte zu schließen, um viele dieser längerfristigen Erfolge einfahren zu können. Andere Bundesländer - da gebe ich Ihnen Recht, Herr Eichelberg - sind diesen Weg in den letzten Jahrzehnten schon offensiver angegangen.

Die **Außenhandelsquote** liegt in **Schleswig-Holstein** bei 31 % und somit 3 % unter dem Bundesdurchschnitt. Das muss ein Ansporn sein, weiter nach vorn zu kommen. Die vorliegenden Zahlen allerdings stimmen uns hoffnungsvoll: Im verarbeitenden Gewerbe stieg der Auslandsumsatz 1999 in Schleswig-Holstein um 10,3 %. Deutschlandweit lag die Quote im gleichen Zeitraum nur bei 6,3 %. Die neuesten Zahlen weisen für Schleswig-Holstein von Januar bis August 2000 wiederum eine Steigerung von 11,1 % aus. Das sieht gar nicht so schlecht aus. Diese Zahlen zeigen, dass es funktioniert und dass man sich im Außenhandel engagieren sollte.

Neben dem **Ostseeraum** sollten wir selbstverständlich auch unser Augenmerk neu auf den **Nordseeraum** lenken.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD]) - Martin Kayenburg [CDU]: Das sagen wir schon lange!

Als Land zwischen Nord- und Ostsee haben wir gerade als Verbindung dieser beiden Räume mit ihren so unterschiedlichen Strukturen eine zentrale Funktion. Dies meine ich nicht nur im Sinne einer zentralen Funktion als inhaltliche Aufgabe, sondern auch im

wahrsten Sinne des Wortes: Schleswig-Holstein ist das Zentrum der nordeuropäischen Region rund um die beiden Meere. Dessen müssen wir uns bewusst sein und entsprechend offensiv und selbstbewusst müssen wir handeln.

In Zeiten der **Globalisierung**, die nicht immer nur positiv gesehen werden kann, muss man aber auch auf anderen Kontinenten seine Chancen nutzen. Was die Überbrückung von Raum und Zeit angeht, kommen sich die verschiedenen Kontinente immer näher. Wenn also Delegationen mit Wirtschaftsvertretern nach China oder in die USA reisen, so zeugt dies von Weitsicht und zeigt, dass man in Schleswig-Holstein gewillt ist, sich den internationalen Märkten zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Die schleswig-holsteinischen Unternehmer bekommen so die Tür zu weltweiten Kontakten geöffnet. Natürlich lässt sich manche Tür durch die Unternehmer auch von allein öffnen, aber für manche Kooperationen oder Geschäfte ist eben Hilfe von außen, beispielsweise auch von der Politik, notwendig.

Hilfe von außen stellt daher auch der Einsatz von so genannten Standortbeauftragten dar. Dass erfahrene **Manager** aus Unternehmen dafür gewonnen wurden, dem Land und seinen Unternehmen mit ihren **Kontakten** zu helfen, ist nur zu begrüßen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Hier wird gerade die persönliche Komponente nutzbar gemacht. Sie kennen die Länder, sie kennen die Mentalitäten, sie wissen um die möglichen Probleme, die auftauchen können, und sie kennen die jeweiligen Ansprechpartner. Weiter kann man die Türen fast nicht öffnen. Ich stimme mit Herrn Minister Rohwer überein, dass die persönliche Komponente gegenüber der finanziellen Komponente immer wichtiger wird. Daher ist dieser Weg auch fortschrittlich.

Im zukünftigen Bericht - ich gebe hier Kollegen Hentschel Recht; eigentlich sollten wir solche Sachen erst nach der Vorlage des Berichts diskutieren -

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

sollte auch dargestellt werden, welche **Planungen** die **Wirtschaft** hat, damit wir sie in ihren Bemühungen auch unterstützen können.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das steht doch schon in der Zeitung!)

Denn über eines müssen wir uns auch im Klaren sein: Wir müssen uns in der Förderung der Außenwirtschaft

(Lars Harms)

an den Wünschen der einzelnen Unternehmen orientieren, um mit unseren Maßnahmen Erfolg zu haben. Wenn sowohl Wirtschaft als auch Regierung hier an einem Strang ziehen, haben wir große Chancen auf Erfolg. Diese Chancen sollten wir nutzen. Deshalb stimmen wir dem Antrag der SPD zu.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die außenwirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins ist eine Erfolgsstory, Herr Eichelberg, auch wenn ich einräume, dass man manches Kapitel noch hinzufügen kann. Ich bin gern bereit, dazu meinen Beitrag zu leisten.

(Beifall der Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] und Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Dieses Land hat in den letzten 15 Jahren seine **Exportquote** mehr als verdoppelt. Dieses hat kein anderes Land in Deutschland so geschafft wie **Schleswig-Holstein**. Seinen Rückstand zum westdeutschen Durchschnitt hat es damit von acht Punkten auf drei Punkte reduziert.

Um es ganz deutlich zu sagen, weil die Euro-Debatte eine völlig falsche Akzentuierung bringt:

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Die Euro-Debatte ist eine Debatte um die kurzfristige Entwicklung in diesem Jahr; mit dieser **Entwicklung des Euros** erklärt sich, warum sich in diesem Jahr die **Exporte** in Deutschland oder auch in Schleswig-Holstein relativ günstig entwickeln.

Der Aufholeffekt, Herr Eichelberg, den ich eingangs skizziert habe, hat mit dem Euro überhaupt nichts zu tun. Das ist eine strukturelle Entwicklung, die wir allein dem außenwirtschaftlichen Engagement der schleswig-holsteinischen Wirtschaft zu verdanken haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die schleswig-holsteinischen Unternehmen haben in den Jahren 1990 bis 1998 ihre Direktinvestitionen im Ausland fast verdreifacht, und umgekehrt haben aus-

ländische Unternehmen in Schleswig-Holstein ihre Direktinvestitionen um mehr als das Zweieinhalbfache erhöht. Auch dies, das **Engagement von Unternehmen** auf beiden Seiten, ist Außenwirtschaft.

Die vorhandenen außenwirtschaftlichen Chancen sind - da sind wir uns einig - noch längst nicht ausgeschöpft und steigen künftig weiter mit der Globalisierung und der technologischen Profilierung unseres Standortes. Jedes Prozent Steigerung der Exportquote allein im verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins bedeutet rund 1.500 Arbeitsplätze. Das zeigt, wie wichtig und lohnend **Außenwirtschaftspolitik** ist.

Schleswig-Holsteinische **Standortpolitik** kann wesentlich dazu beitragen, dass sich die Außenwirtschaft positiv entwickelt. Um ein Beispiel zu geben: Die Neuansiedlung einer zweiten Chip-Fabrik in Itzehoe wäre nicht möglich gewesen, wenn wir in Itzehoe nicht frühzeitig einen Mikroelektronikstandort aufgebaut hätten.

(Beifall bei der SPD)

Die Neuansiedlung eines großen amerikanischen Versenders im Raum Schwarzenbek wäre nicht möglich gewesen, wenn wir dort nicht ein attraktives Gewerbegebiet gefördert hätten. Hier wird vorausschauende Standortpolitik gemacht. Herr Eichelberg, der Standort Schleswig-Holstein hat Positives zu bieten, er hat qualifizierte Arbeitskräfte, er hat ein gutes Innovationsklima, er hat eine Wirtschaftsförderung der kurzen Wege - alles Faktoren, die zu den Erfolgen beitragen.

Auch **Verkehrspolitik** ist Standortpolitik und vor allen Dingen Außenwirtschaftspolitik.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja, das finden wir auch! - Dr. Johann Wadehul [CDU]: Schön, dass Sie das wenigstens verstehen!)

Ein attraktiver Airport Hamburg ist eines der wichtigsten Instrumente, um für Schleswig-Holstein amerikanische Investoren zu motivieren. Wir haben das in Gesprächen selbst kennen gelernt. Die Beseitigung des Verkehrsengpasses Hamburg ist ebenfalls entscheidend.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wir geht's denn weiter mit der A 20?)

Wenn wir das zügig schaffen, dann wird auch der schleswig-holsteinische Standort für ausländische Ansiedlungen noch attraktiver. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie wissen, dass das eines unserer Hauptregierungsziele ist und dass ich daran konsequent arbeite.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Auch eine bessere Bahnverbindung in Schleswig-Holstein trägt zur Attraktivitätssteigerung des Standortes Schleswig-Holstein bei.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich freue mich über die Gelegenheit, den **Bericht** zu geben. Der letzte Bericht liegt übrigens lange zurück, 1984. Das zeigt, wie wichtig es ist, diese Debatte in diesem hohen Haus neu zu führen und deutlich zu machen, welche Aufholjagd wir geschafft haben. Der Bericht wird zeigen, dass die Aufholjagd erfolgreich war. Der Bericht wird zeigen, dass sich Schleswig-Holstein im internationalen Wettbewerb bisher gut behauptet hat und dass wir dazu weitere Weichenstellungen vornehmen müssen. Der Bericht wird zeigen, dass es sich lohnt, Außenwirtschaftspolitik zu machen, dass es sich auch lohnt, dafür Geld auszugeben, dass es sich vor allen Dingen aber auch lohnt, Delegationsreisen zu unternehmen, Messesförderung zu machen, mit Partnern zusammenzuarbeiten und insgesamt eine zukunftsorientierte Standortpolitik zu betreiben.

An dieser Stelle möchte ich mir erlauben, noch einmal den Herren Murmann, Petersen und Schulz persönlich dafür zu danken, dass sie sich bereitgestellt haben, uns zu unterstützen; ich halte das für ein ganz wichtiges Signal.

(Beifall im ganzen Haus)

Weitere **Manager** aus der Wirtschaft sind herzlich eingeladen. Ich führe weitere Gespräche dazu. Das Netzwerk, das uns bei diesen Aktivitäten hilft, kann gar nicht groß genug sein.

Schleswig-Holstein ist ein Standort, der nicht nur bei Zukunftstechnologien eine rasante Aufholjagd hingelegt hat, sondern auch bei der Außenwirtschaft. Das wird der Bericht deutlich machen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wenn wir hier oben das richtig verstanden haben, ist Abstimmung in der Sache beantragt. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD zur Situation der Außenhandelswirtschaft in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/522, seine Zustimmung erteilen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Berichtsauftrag einstimmig an die Landesregierung ergangen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 20 auf:

Konsequenzen aus der Havarie „Pallas“

Landtagsbeschluss vom 28. September 2000
Drucksache 15/378

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/511

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/532

Für die Landesregierung erteile ich zunächst Herrn Minister Buß das Wort.

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die jüngsten Havarien des Holzfrachters „Faros“ vor der dänischen Küste und des italienischen Styroltankschiffes „Ievoli Sun“ im Ärmelkanal zeigen, dass es hinsichtlich der **Schiffssicherheit** immer noch erheblichen **Nachholbedarf** gibt.

(Beifall im ganzen Haus)

Nach der Havarie der „Pallas“ und der Schwachstellenanalyse durch Professor Clausen hat die **Landesregierung** ein **Handlungskonzept** mit Maßnahmen beschlossen, die das Land in eigener Zuständigkeit umsetzen kann, und Maßnahmen, die nur im Zusammenwirken mit dem Bund und den anderen Küstenländern erreicht werden können. Die im Handlungskonzept enthaltenen Aufträge für die Ressorts sind größtenteils abgeschlossen oder befinden sich zum Beispiel in der Projektorganisation des Bundes zur Umsetzung des Grobecker-Gutachtens noch in Bearbeitung.

Das Innenministerium hat mit den Innenressorts der Küstenländer im November 1999 ein gemeinsames **Positionspapier zur Verbesserung des Unfallmanagements** im Bereich der Nord- und Ostsee verabschiedet. Das Positionspapier wurde in einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit der Bundesregierung im Januar 2000 beraten und ist ebenfalls in die Projektorganisation des Bundes zur Umsetzung des Grobecker-Gutachtens eingeflossen.

Die Innenminister der Küstenländer sind sich einig, dass ein **Notfallmanagement** in Form eines Einsatz- und Führungsstabes - Stichwort „Havariekommissar“ - mit einheitlicher Anordnungs-kompetenz besondere und vorrangige Bedeutung hat und schon vor Abschluss der gesamten Projektarbeit umgesetzt werden sollte. Das haben die norddeutschen Küstenländer dem für die Projektorganisation zuständigen Bundesverkehrsminister nach ihrer Konferenz am 23. August 2000 mit aller Deutlichkeit mitgeteilt.

Auf folgende Punkte möchte ich kurz eingehen. Zur Sicherstellung der notwendigen **Schlepperkapazitä-**

(Minister Klaus Buß)

ten in der Nordsee haben wir erreicht, dass der Chartervertrag für den Hochseeschlepper „Oceanic“ zunächst bis April 2001 verlängert wurde. In diesem Zusammenhang wurde der Bund auch darauf hingewiesen, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag es für dringend notwendig erachtet, zusätzliche Begleitschlepper - Stichwort „Escort-Schlepper“ - für beladene Tanker und Massengutschiffe zur Risikominimierung bereitzustellen.

Um auf etwaige Schiffsbrandbekämpfungen und Evakuierungen von Fahrgastschiffen vorbereitet zu sein, hat die Landesregierung vorgestern ein **Konzept** zur Durchführung der **Schiffsbrandbekämpfung** beschlossen. Das Konzept bindet die Feuerwehren der Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Brunsbüttel ein und sieht den Einsatz von Schiffen und Hubschraubern für den Transport von Personal und Material zu einem Havaristen vor. Ziel ist ein mit allen Küstenländern und dem Bund abgestimmtes Gesamtkonzept für die Küstengewässer in Nord- und Ostsee.

Die Sicherungsarbeiten am Wrack der „Pallas“ sind Ende August 1999 abgeschlossen worden. Durch zwischenzeitlich durchgeführte Kontrollen sind weitere Sicherungsmaßnahmen nicht erforderlich. Eine weitere Beeinträchtigung des Ökosystems Wattenmeer ist nicht zu befürchten.

In Gesprächen mit Dänemark und den Niederlanden wurde eine schnellere und umfangreichere gegenseitige Information bei Schadensfällen auf See verabredet.

Im Übrigen verweise ich auf den Bericht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heinz Maurus das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 25. Oktober 1998 geriet der Holzfrachter „Pallas“ vor der dänischen Küste in Brand, strandete vier Tage später vor Amrum; ein Mensch verlor sein Leben; „nur“ 100 t ausgelaufenes Öl verunreinigten Strände und brachten einer Vielzahl von Vögeln den Tod. Ein relativ kleines Schiff und ein relativ kleiner Seeunfall brachten monatelang Stoff für die Medien, beschäftigten einen Untersuchungsausschuss, zahlreiche Arbeitsgruppen, Kommissionen und Ausschüsse. Das sollte eigentlich allen Beteiligten und Verantwortlichen aufgezeigt haben, wo die **Schwachstellen im Seeunfallmanagement** und die damit zusammenhängenden Handlungserfordernisse liegen.

Doch was ist? - Zwei Jahre nach der Havarie der „Pallas“ müssen wir feststellen, dass wir heute für die Bewältigung solcher Seeunfälle nicht viel besser gewappnet sind als vor zwei Jahren. Wenn es hierfür noch eines letzten Beweises bedurft hätte, dann liegt er nun auch in Form des vorgelegten Antrages der Regierungsfractionen, Drucksache 15/532, vor. Deutlicher kann man es doch schon gar nicht mehr machen als mit Formulierungen wie:

„Der Landtag begrüßt, dass ... mit einer Neuausrichtung des Unfall- und Katastrophenmanagements für die Nord- und die Ostsee begonnen wurde ...“

Oder:

„Erste wichtige Teilschritte zur Straffung der Entscheidungsstrukturen zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und zur Verbesserung der Feuerlöschfähigkeit wurden ... eingeleitet.“

Oder:

„... die Initiativen ... zur Neuorganisation des Unfallmanagements ... und zur Verbesserung der Schiffsicherheit im Bereich des Tankerschiffverkehrs ergriffen“.

Auch mit der Bekräftigung zum Teil mehrfach in diesem Hause bereits gefasster Beschlüsse wird doch nur eines deutlich, nämlich dass wir unser Ziel zur Optimierung des **Managements der Organisation** und der **Handlungskonzepte** zur Bewältigung von Seeunfällen bisher nicht erreicht haben.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es gibt also weiß Gott keinen Grund zum Begrüßen und zum Jubeln, sondern eher einen Grund, noch einmal mit Nachdruck tätig zu werden. Ich sage Ihnen auch für meine Fraktion klar und deutlich: Wir haben kein Verständnis mehr für die immer wieder aufflammenden Kompetenzstreitigkeiten, Ressortegoismen und engstirniges Kirchturmdenken, wenn es darum geht, Kräfte und Mittel zu bündeln.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, es ist schlichtweg nicht nachvollziehbar, weshalb die geforderte **einheitliche Küstenwache neuer Art** noch keinen Millimeter vorangekommen ist und nicht einmal die Kompromissempfehlungen in der Grobecker-Kommission, die Sie eben auch angesprochen haben, abschließend bewertet sind. Es kann doch nicht sein, dass Sie zur beschlossenen einheitlichen Küstenwache neuer Art trotz eines klaren Auftrages des Parlaments bis heute keine konzeptio-

(Heinz Maurus)

nellen Überlegungen angestellt haben. Dies muss man zumindest dem Antrag der Regierungsfractionen entnehmen, denn Sie fordern darin ja das Konzept ein.

Wenn ich mir den uns vorliegenden Bericht der Landesregierung ansehe, frage ich mich auch, ob Sie richtig davor sind. Mit Drucksache 14/2515, dem Bericht vom 4. November 1999, haben wir beschlossen, dass die Landesregierung beim Bund darauf hinwirken möge, dass in der **Deutschen Bucht** ein leistungsfähiger **Hochseeschlepper** dauerhaft stationiert wird. Sie sind eben darauf eingegangen und haben gesagt, Dank Ihres Bemühens habe nun die Bundesregierung den Chartervertrag bis zum April 2001 verlängert. Ich sage Ihnen, diese Charterpraxis unterscheidet sich keinen Deut vom bisherigen Verfahren.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir haben 1998 mit Bundesminister Wissmann schon das gleiche Theater gehabt. Es gab permanent nur halbjährige - manchmal sogar vierteljährige - Charterverträge. Das reicht uns nicht aus, wir brauchen eine dauerhafte Stationierung!

Sie schreiben in Ihrem Bericht, dass der Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins am 9. Dezember 1999 seinen Bundeskollegen gebeten habe, im Hinblick auf die „Pallas“-Havarie einen lückenlosen Übergang für ausreichende Notschleppkapazitäten in der Deutschen Bucht sicherzustellen. Da frage ich: Was ist denn das? Es ging uns gemeinsam vor allen Dingen um die dauerhafte Bereitstellung eines leistungsfähigen Hochseeschleppers und nicht um die Schaffung eines Übergangs für ausreichende Notschleppkapazitäten.

Wir wissen aus der Diskussion doch genau, dass „Neuwerk“, „Mellum“, „Scharhörn“, diese so genannten Mehrzweckschiffe, die Tonnen legen, Öl sammeln und vieles mehr und dann auch noch als Notschlepper konzipiert sind, nicht in der Lage sind, bei schwerem Wetter das Geschäft eines professionellen Hochseeschleppers auf der Nordsee zu erfüllen. Das hat sich mehrfach bestätigt. Oder glauben Sie etwa im Ernst, dass zum Beispiel am 3. Dezember letzten Jahres eines dieser Schiffe in der Lage gewesen wäre, die „Lucky Fortune“, die manövrierunfähig 4 sm vor Sylt trieb, dort wegzuholen? Die „Oceanic“ hat diese Aufgabe vorbildlich gemeistert.

Ich kann Ihnen nur sagen, ich wundere mich dann doch, wie mit den von uns gefassten Beschlüssen von dieser Landesregierung umgegangen wird. Es bedarf hier nun nicht einer erneuten Beschlussfassung, es ist bereits dreimal zu diesem Punkt - präzise formuliert - hier in diesem Haus und in nahezu allen Westküstengemeinden und -kreistagen eine erfolgt. Hier bedarf es

jetzt der politischen Zielvorgabe und Umsetzung durch die Regierung. Es kann doch nicht sein, dass die alten Diskussionen um Schleppkapazitäten oder Notschleppkapazitäten, die in Konzepten des Bundes durch Verwaltungsjuristen und Baudirektoren eingebracht wurden, jetzt wieder Eingang in Beschlusslagen finden. Es kann doch nicht sein, dass sich wieder Verwaltungsbürokratie entgegen aller gemachten praktischen Erfahrung und auch einvernehmlicher Beschlüsse durchsetzt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Kurzum, der hier vorgelegte Bericht macht deutlich, dass unser gemeinsames Ziel zur Optimierung der Bewältigung von Seeunfällen im Sinne der von uns gefassten Beschlüsse noch nicht erreicht ist. Im Übrigen bleibt der Bericht in Teilen selbst hinter den von der England-Delegation zur Verfügung gestellten Vermerken zur „Pallas“-Havarie zurück. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit habe ich jetzt leider nicht die Gelegenheit, darauf noch weiter einzugehen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schade!)

aber vielleicht bietet sich die Gelegenheit noch im Rahmen eines Drei-Minuten-Beitrages.

Ich möchte abschließend nur noch sagen: Die einzige Neuigkeit in Ihrem Antrag ist die Prüfung der **Ausweisung eines PSSA-Gebietes**. Auch das ist Schnee von gestern. Die trilaterale Wattenmeergruppe hat auf ihrer September-Sitzung unter Tagesordnungspunkt 6 beschlossen,

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich kommen zum Schluss -, dass von einem externen Experten eine Durchführbarkeitsanalyse zur Einrichtung einer PSSA im Wattenmeer erarbeitet werden soll. Diese Studie soll im April 2001 vorliegen. Mein Vorschlag: Einfach im April 2001 das Papier anfordern und dann sehen, ob es umsetzbar ist. Ich meine, das muss einmal sehr genau geprüft und diskutiert werden.

Wir beantragen die Überweisung des Berichtes sowie des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN federführend in den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend in den Wirtschaft- und den Umweltausschuss.

Für die CDU-Landtagsfraktion will ich hier noch einmal deutlich machen: Jetzt müssen den Worten endlich Taten folgen!

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Ulf von Hielmerone das Wort.

Dr. Ulf von Hielmerone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren strandete die „Pallas“ vor Amrum. Die Folgen sind bekannt, allein die Kosten betragen 30 Millionen DM. Eine große Katastrophe war das damals übrigens nicht, es hätte alles viel schlimmer kommen können. - Grund genug, sich mit den Ursachen auseinander zu setzen.

Der **Untersuchungsausschuss** hat die Ursache und den Hergang der Havarie aufgearbeitet. Bereits vor etwa einem Jahr hat er massive Schwachstellen im Unfallmanagement für die hohe See und die Küstengewässer aufgedeckt, aber auch schwierige und undurchsichtige Zuständigkeitsbereiche und Befehlsstrukturen. Es wurden auch im Bereich der Landesverwaltung Schwachstellen festgestellt.

Der Untersuchungsausschuss hat damals im Ergebnis unter anderem als ganz wesentliche Konsequenz eine zentrale Küstenwache gefordert, in der die bestehenden Organisationen mit einer einheitlichen Flotte aufgehen sollten. Notwendige Verfassungsänderungen sollten kein Hindernis sein. Außerdem wurde die Bereitstellung von **Hochseeschlepperkapazitäten** in der **Deutschen Bucht** dauerhaft gefordert.

Nachdem nun auch der Bericht der Grobecker-Kommission vorliegt, ist die Frage nach dem Vergleich der beiden Empfehlungen, aber auch, was seither auf Bundes- und auf Landesebene geschehen ist, berechtigt, um Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Anders ausgedrückt: Was ist passiert, um einen zweiten und vielleicht schlimmeren Fall „Pallas“ zu vermeiden. Wir wissen ja gar nicht, ob es vielleicht schon eine zweite „Pallas“ gibt und wo sie sich im Augenblick befindet. Und die Zeit drängt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was soll das denn!)

Die Antwort liegt vor, sie zeigt zweierlei:

Erstens. Auf **Landesebene** hat die Regierung ihre Schularbeiten gemacht.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Wo denn?)

In Stichworten: Neufassung der Grundsätze für die Zusammenarbeit im Krisenfall, gemeinsames Lage- und Führungszentrum, Polizeizentrum Kiel, Pressearbeit und bessere Zusammenarbeit mit Kiel,

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Pressearbeit!
- Martin Kayenburg [CDU]: Nichts hat die Landesregierung unternommen!)

Verbesserung der Brandbekämpfung auf See! Herr Kayenburg, Sie sind nicht im Untersuchungsausschuss gewesen. Sie wissen offenbar nicht, haben es vergessen, verdrängt oder Sie wollen es nicht wissen, welche Bedeutung die Pressearbeit damals spielte.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW] - Martin Kayenburg [CDU]: Es geht nicht um Pressearbeit, es geht um Verfahrensabläufe!)

Zweitens. Weniger befriedigend, dass muss auch in aller Deutlichkeit gesagt werden, sind allerdings die Antworten dort, wo es um die **Zusammenarbeit** zwischen den **Ländern** und dem **Bund** geht. Ich laste das nicht der Landesregierung an,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das wundert uns nun wieder nicht!)

aber ich muss feststellen, dass hier wesentliche Punkte noch nicht erfüllt sind. Das ist aber der eigentliche Kernbereich.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Empfehlungen der Grobecker-Kommission bleiben in zwei wesentlichen Punkten hinter unseren Forderungen zurück:

Erstens. Die vorgeschlagene **Seewache** ist nicht die Küstenwache, die der Landtag gefordert hat.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Begriff Seewache ist im Übrigen an dieser Stelle falsch. Seewache ist ein seemännischer Ausdruck und hat damit nichts zu tun, er ist anderweitig belegt. Allein das ist für die Leute an der Küste schon ein Schwachpunkt.

Zweitens. Das **Notschleppkonzept**, Empfehlung Nr. 7 des Grobecker-Papiers, ist nach allem, was uns Fachleute berichtet haben, bedenklich. Es gibt kein Notschleppen, es gibt allerdings ein Schleppen im Notfall. Das ist wahrlich aber nun kein „kann zur Not auch Schleppen“, sondern erfordert ganz besondere Kapazitäten, Kenntnisse und Ausrüstung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier liegt nun einmal der fundamentale Irrtum der Arbeitsebene im Bundesverkehrsministerium. Deswegen ist es durchgängige Meinung aller Fachleute, dass

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

ein hochseetüchtiger Schlepper in der Deutschen Bucht dauerhaft stationiert bleiben muss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Forderung lautet daher: Wir brauchen eine dauerhafte **Hochseeschlepperkapazität** in der **Deutschen Bucht** und nicht solche, die halbjährlich verlängert werden. Das geht nicht.

Wir bleiben darüber hinaus auch bei unserer Forderung nach einer einheitlichen Küstenwache, verkennen allerdings nicht, dass sie derzeit offenbar nicht zu verwirklichen ist. Deswegen sind wir zunächst mit der Einrichtung eines **Havariekommandos** entsprechend Nr. 2 der Grobecker-Kommission einverstanden, möchten indessen weiterhin, dass sich die Regierung mit der Umsetzung der ursprünglichen Forderung befasst und Konzepte entwickelt, wohl wissend, dass dies kurzfristig nicht durchsetzbar sein wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum nicht?)

Die **Forderung** nach einer **einheitlichen Küstenwache** bleibt aber bestehen, denn sie ist für uns eine sehr wichtige Erkenntnis aus dem Untersuchungsausschuss. Die Mühlen des Bundes und der Länder mahlen offenbar langsam, aber wir wollen, dass sie weiterhin mahlen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vergessen wir darüber hinaus nicht, dass wir es bei unserem Wattenmeer mit einer im Wortsinne Particularly Sensitive Sea Area zu tun haben. Als solche offiziell ausgewiesen sind allerdings nur zwei Seegebiete: das Great Barrier Riff in Australien und ein Seegebiet bei Cuba. Ob unser Wattenmeer dazu taugt und welche Konsequenzen dies hätte, muss geprüft werden. Einige Regelungen sind bereits jetzt Bestandteil unserer Beschlüsse. Die Frage ist aber, in welchem Verhältnis ein **PSSA-Gebiet** zu anderen bereits eingerichteten Schutzgebieten stehen würde. Was bedeutete das im Hinblick auf unsere Häfen und deren Erreichbarkeit? Diese Fragen sind zu erörtern und zu beantworten. Die Nordsee gehört uns nicht allein. Wattenmeere gibt es in den Niederlanden, Dänemark und England.

(Lothar Hay [SPD]: Schottland!)

- Und in Schottland! Nordseeschutz ist überall notwendig. Das PSSA-Gebiet und der Nordseeschutz sind deswegen auch klassische Themen für eine notwendige Nordseekooperation. Wir müssen über den Tellerrand hinausblicken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz großer Unterschiede in der Bewertung des Unfallhergangs und des Tuns beziehungsweise der Unterlassungen der handelnden Akteure während der „Pallas“-Katastrophe waren sich alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses einig, dass Handlungsbedarf in vielerlei Hinsicht besteht. Der Abschlussbericht enthält aus diesem Grund einen mehrseitigen Katalog mit Ergebnissen und Vorschlägen.

Auch die Landesregierung war zumindest nach dem „Pallas“-Unglück nicht untätig und hat einen Gutachter mit der Analyse der Strukturen beauftragt. Damit nicht genug: Der Bund hat eine Expertenkommission eingesetzt, die am 16. Februar diesen Jahres einen Bericht mit vielfältigen Vorschlägen und Anregungen vorgelegt hat. Der produzierte Papierberg ist gewaltig. Die umgesetzten Maßnahmen leider nicht. Ein kleiner Lichtblick ist die Regelung zur Bekämpfung von Schiffsbränden auf Nord- und Ostsee. Die gemeinsame Nutzung von Kapazitäten der Anrainerstaaten, des Bundes wie auch Feuerwehr, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr ist sinnvoll. Es bleibt zu hoffen, dass aus der „Pallas“-Havarie gelernt wurde. Dort hat nicht zuletzt die unklare Kompetenzverteilung das Schadensereignis wesentlich beeinflusst. Das darf sich - darin sind wir uns alle einig - nicht wiederholen.

Das Land hat sehr schnell eine zentrale Forderung der F.D.P. umgesetzt. Es hat den Organisationserlass über die Gefahrenabwehr unterhalb der Katastrophenschwelle geändert. Unter anderem wurde auch die **Zusammenlegung der Krisenzentrale der Landesregierung** mit dem **Lagezentrum des Innenministeriums** auf den Weg gebracht. So ganz scheint aber auch die Landesregierung ihren eigenen Vorkehrungen nicht zu trauen. So hat sie auch berücksichtigt, dass das Erfordernis einer ressortübergreifenden Presse- und Informationsarbeit zusammen mit dem interministeriellen Abstimmungsbedarf eine besondere Lage hervorrufen kann. Konsequenter angewendet, würde diese Regelung dazu führen, dass wir uns permanent in einer besonderen Lage befänden, da die diffuse Politik dieser Landesregierung immer eine ressortübergreifende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erfordert.

(Konrad Nabel [SPD]: Ha, ha, ha!)

(Wolfgang Kubicki)

Augenscheinlich wird nach wie vor mehr Energie auf die öffentliche Darstellung der Folgen von Unglücken verwendet, statt sich auf die Verhinderung oder zumindest die erfolgreiche Handhabung zu konzentrieren.

Was ist sonst noch geschehen - im Land wie im Bund? Eine der zentralen Forderungen war und ist die Bereitstellung ausreichender **Schlepperkapazitäten** in der **Deutschen Bucht**. Das ist von allen Rednern hier betont worden. Ein Konzept ist aber nach wie vor nicht zu erkennen. Der Vertrag mit der „Ozeanic“ wird immer wieder verlängert. Zurzeit läuft er bis zum 15. April 2001. Herr Kollege Steenblock, ich kann mich daran erinnern, wie Sie erklärt haben, nach der Regierungsübernahme von Grün-Rot in Berlin werde das alles sehr schnell auf den Weg gebracht, was Schwarz-Gelb über Jahre hinweg versäumt haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! Genau!)

Ich wäre dankbar, wenn Sie zu dieser Fragestellung zwei Jahre nach der „Pallas“-Havarie und mittlerweile auch zwei Jahre nach der Regierungsübernahme von Rot-Grün in Berlin heute hierzu Stellung nehmen würden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein leistungsfähiger Schlepper in der Deutschen Bucht ist dringend nötig. Aber die Kettenverträge zur Verlängerung der Charter der „Ozeanic“ sind Stückwerk und kein Ausweis eines durchdachten Konzeptes. Nicht nur in dieser Frage mauert der Bund und es ist nicht erkennbar, dass er das Problem mit der gebotenen Intensität bearbeitet. Deshalb hat die **F.D.P.-Bundestagsfraktion** eine **Kleine Anfrage** eingebracht, die von der Bundesregierung Auskunft über den Stand der Umsetzung der von der bereits angesprochenen Expertenkommission erarbeiteten Empfehlung verlangt.

Ein weiterer konzeptioneller Mangel wurde vor kurzem bei der Havarie eines Frachters vor der Insel Rügen deutlich. Die Ostsee hat zwar aufgrund der geringeren Verkehrsdichte ein geringeres Gefahrenpotenzial als die Nordsee. Das ist aber kein Grund, das Augenmerk nur auf die Nordsee zu richten. Die Ostsee ist aufgrund des geringen Wasseraustausches ökologisch besonders anfällig und nur bedingt regenerationsfähig. Wäre das Schiff vor Rügen leckgeschlagen, die ökologischen Folgen wären ungleich schlimmer gewesen als bei der „Pallas“-Katastrophe. Auch für die **Ostsee** müssen tragfähige **Schutzkonzepte** erarbeitet und umgesetzt werden.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Die **Koordination** zwischen dem **Bund** und den **Ländern** erfolgt in einer Projektorganisation - was auch immer das sein mag. Die im Bericht genannte Zeitschiene von zwei Jahren ist inakzeptabel. Eine Beschleunigung der Umsetzung der vorliegenden Maßnahmenkataloge ist unbedingt notwendig.

Die Vermeidung von Havarien vor den deutschen Küsten ist nicht nur vor dem Hintergrund der Erhaltung unserer Umwelt eine vordringliche Aufgabe. Die Kostenaufstellung des Berichts zeigt, dass auch handfeste finanzielle Gründe für funktionierende Vorbeugemaßnahmen sprechen. Es kommt in der nahen Zukunft entscheidend auf den Bund an - wie immer.

Die Antwort auf die Kleine Anfrage der F.D.P. in Berlin wird die Defizite aufzeigen. Dann, Herr Kollege Steenblock, Herr Kollege Hay, Herr Innenminister, Herr Wirtschaftsminister, können Rot und Grün in Schleswig-Holstein zeigen, wie weit ihr Einfluss in Berlin reicht, um einen effektiven Schutz der Küsten unseres Landes zu gewährleisten. Wir sind gespannt darauf, ob Ihnen mehr gelingen wird als in der Zeit, in der Schwarz und Gelb in Bonn beziehungsweise in Berlin Verantwortung trugen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Fraktionsvorsitzende Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im letzten Jahr alle gemeinsam beklagt, dass von Bonn aus die Küste sehr weit entfernt sei. Ich bin nicht sicher, ob Berlin näher an der Küste liegt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jedenfalls nicht an der Nordsee!)

Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf. Wir haben ja jetzt den dritten Minister. Ich bin voller Vertrauen, dass die Sache nunmehr Schwung bekommt.

Ich danke der Landesregierung und den beteiligten Beamten für ihren kurzen und informativen Bericht. Es ist nicht zu verkennen, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein aufgrund der Ereignisse vor zwei Jahren und der Beschlüsse des Landtages vom Herbst 1999 und vom Frühjahr 2000 eine Vorreiterrolle in diesem Prozess eingenommen hat.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

(Karl-Martin Hentschel)

Ich begrüße es, dass die Strukturen für das **Unfall- und Katastrophenmanagement** in Schleswig-Holstein für die **Nord- und Ostsee** verbessert wurden. Ich begrüße ebenso, dass mit der dänischen Regierung eine Vereinbarung getroffen wurde, um eine bessere gegenseitige Information sicherzustellen.

Erste wichtige **Teilschritte** zur Straffung der Entscheidungsstrukturen, zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und zur Verbesserung der Feuerlöschfähigkeiten wurden von der Landesregierung eingeleitet beziehungsweise umgesetzt. Ich begrüße ebenfalls die Initiativen der Umweltministerkonferenz der norddeutschen Länder zur Neuorganisation des Unfallmanagements bei den Ländern und beim Bund und zur Verbesserung der Schiffssicherheit im Bereich des Tankschiffsverkehrs bei der EU.

Es ist aber nicht zu verkennen, dass die Abstimmung zwischen den Innenministerien und den Umweltministerien von fünf norddeutschen Küstenländern und des Bundes sowie des Bundesverkehrsministeriums, des Bundeslandwirtschaftsministeriums und des Verteidigungsministeriums sowie zahlreichen Bundes- und Landesbehörden, die an diesem Prozess beteiligt sind und alle ihre eigenen Interessen, Bedenken und Befindlichkeiten in diesen Prozess einbringen, zäh und schwierig ist. Deshalb ist der vorliegende Beschluss richtig und notwendig. Es ist insbesondere richtig, dass der Landtag seinen Beschluss vom Januar zur Einrichtung einer deutschen Küstenwache noch einmal bekräftigt.

Natürlich unterstütze ich auch den einleitenden Prozess zur Bildung einer Führungseinheit Küstenwache, die ständig einsatzbereit ist, und zur Bildung eines Havariekommandos, das im Notfall die gesamte operative Leitung übernimmt.

Als besonders ernüchternd empfinde ich es, dass die Bereitstellung von leistungsfähigen **Schleppkapazitäten** in der **Deutschen Bucht** einschließlich einer Sicherstellung der Begleitung von großen Tankern in engen Fahrwassern immer noch nicht endgültig gelöst ist. Noch immer begnügt sich das Bundesverkehrsministerium damit, den Vertrag mit der „Oceanic“ jeweils halbjährlich zu verlängern. Deshalb halte ich es weiter für erforderlich, dass darauf gedrängt wird, ein langfristiges Konzept zu entwickeln und schrittweise an der Umsetzung zu arbeiten.

Der vorliegende Beschluss geht aber erfreulicherweise in einem wesentlichen Punkt über die bisherige Diskussion hinaus. Damit meine ich die Forderung nach einer **PSSA**, eines „empfindlichen Meeresgebietes“, für das gesamte Wattenmeer von Holland bis Esbjerg.

Es geht mir nicht nur darum, dass jetzt eine solche Initiative von der trilateralen Wattenmeerkonferenz geplant ist, sondern mir geht es darum, dass die Bundesregierung und die Landesregierung auch tatsächlich daran arbeiten, dass es im Herbst des nächsten Jahres auf der nächsten trilateralen Konferenz in Esbjerg zu Beschlüssen kommt. Ich hoffe, dass dementsprechende Vorbereitungen getroffen werden. Deshalb haben wir das auch in unseren Beschlussvorschlag aufgenommen.

Bestandteile einer solchen PSSA sollten sein: die Einrichtung einer Eingriffs- und Überwachungszone außerhalb der eigentlichen Schutzzone, die Verlegung von Seeschiffahrtsstraßen weiter weg von der Küste, die Einrichtung einer gemeinsamen Zentrale für Havariefälle, die Ausweitung der Lotsenpflicht und die Begleitung durch Schlepper in kritischen Gewässern. Dies sind nur einige Beispiele. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Bundesregierung und die Landesregierung in dieser Sache die Initiative ergreifen würden und für den Oktober des nächsten Jahres ein Konzept rechtzeitig vorlegten.

Umweltthemen leiden darunter, dass sie immer aktuell sind, wenn eine Katastrophe passiert, und dass sie in der Folgezeit leicht wieder in Vergessenheit geraten. Es ist unsere Aufgabe, dass dies nicht so bleibt. Die Umsetzung der notwendigen Aufgaben ist ein langwieriger Prozess und nur durch Sturheit und durch Hartnäckigkeit kommen wir alle Schritt für Schritt voran.

Deshalb freue ich mich, dass auch zwei Jahre nach dem Unfall das fraktionsübergreifende Engagement bei diesem Thema nicht nachgelassen hat, und hoffe, dass dies so bleibt. Dann bin ich zuversichtlich, dass wir weitere Fortschritte bei der Sicherung unserer Küsten und unserer Meere erreichen können.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht zeigt einmal mehr, wie schwer es ist, eindeutige Forderungen auch wirklich in die Tat umzusetzen. Wer wem dabei die Schuld zuweist, sei erst einmal dahingestellt. Tatsache ist, dass noch viel geschehen muss, um auf die Wiederholung einer Havarie in der Deutschen Bucht vorbereitet zu sein. Daher begrüßen wir den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, werden aber auch einer Aus-

(Lars Harms)

schussüberweisung zustimmen, damit wir uns darüber noch einmal näher austauschen können.

(Beifall beim SSW)

Der SSW stimmt mit der Forderung der Landesregierung nach kurzfristiger Bereitstellung von **Not-schleppkapazitäten** überein. Der Chartervertrag mit dem Hochseeschlepper „Oceanic“ bis zum 15. April 2001 ist allerdings nur eine Notlösung. Dies galt übrigens auch für alle vorherigen Charterverträge.

Ob darüber hinaus in Zukunft kleine seegängige Schlepper Teil der Lösung sein können - wie es im Bericht erwähnt wird -, wage ich eher zu bezweifeln. Aber selbst hierfür gibt es noch keine definitive Entscheidung. Alles das, was es seit der Havarie der „Pallas“ gibt, ist Briefverkehr, ist ein Gutachten und ist eine Teilprojektgruppe, die sich mit der Schlepperproblematik beschäftigt. An der Küste werden die Menschen langsam ungeduldig. Es ist nicht Schuld der Landesregierung, dass die Lösung des Problems der Notschleppkapazität so lange dauert, aber dass es so lange dauert, ist eine Tatsache.

Ich möchte an die Aussagen des SSW zum „Pallas“-Untersuchungsausschuss erinnern. Wir haben seinerzeit gesagt, dass der Aufbau einer **einheitlichen Küstenwache** durchaus ein langfristiges Ziel sein kann, aber dass eine Herbeiführung der gesetzlichen Grundlagen hierfür und der Aufbau einer praktikablen und sinnvollen Struktur für eine einheitliche länderübergreifende Küstenwache nicht in einem angemessenen Zeitraum erreichbar sein würden.

Angesichts der großen Schwierigkeiten und des großen Aufwandes, die mit der Koordination der Aufgaben auf Landesebene schon verbunden sind - dies macht der Bericht deutlich -, fühlen wir uns in dieser Ansicht mehr als bestätigt.

(Beifall beim SSW)

Eine einheitliche Struktur hinzubekommen, ist schon in unserem Bundesland schwierig, auf länderübergreifender Ebene - möglicherweise auch noch mit Bundesbeteiligung - ist es eine riesige und aufwendige Aufgabe.

Seinerzeit wurde festgestellt, dass es Probleme in der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stellen gab, beispielsweise zwischen dem Zentralen Meldekopf in Cuxhaven, den verschiedenen Ministerien oder den Leitstellen und natürlich auch mit den dänischen Nachbarn. Hieraus hat man sicherlich gelernt. Die Konsequenz ist nun, dass regelmäßig Übungen durchgeführt werden. Das ist auch gut so und es ist zu begrüßen. Gleichwohl ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiches **Krisenmanagement**, dass Kompetenzen

sowie Einsatzstrukturen festgelegt werden, um für den Katastrophenfall gerüstet zu sein.

Wie sieht es jedoch mit einer einheitlichen Organisation im Katastrophenfall aus? - Hier bin ich der Auffassung, dass ein norddeutsches **Havariekommando**, in dem man zusammenarbeitet - wie von der Expertenkommission vorgeschlagen worden ist -, sicher die richtige Idee ist. Grundlage hierfür muss allerdings eine klar umrissene **Anordnungskompetenz** auch im länderübergreifenden Bereich sein. Dies gibt es derzeit weder im länderübergreifenden Bereich noch auf Landesebene. Laut Bericht werden die **länderübergreifenden Möglichkeiten** untersucht und ausgearbeitet. Dies begrüßen wir, wünschen uns aber noch mehr Schnelligkeit. Auch auf Landesebene müssen wir schon jetzt die entsprechenden Vorarbeiten anlaufen lassen, um eine einheitliche Führungsorganisation in Schleswig-Holstein aufzubauen, um dies dann später auch länderübergreifend umzusetzen.

Es besteht nunmehr die Möglichkeit, dass hier bei uns in Schleswig-Holstein nicht nur das Fachministerium, sondern auch das Innenministerium den **interministeriellen Leitungsstab** in einer so genannten besonderen Lage einberufen kann. Dies ist sicherlich zu begrüßen, weil hierdurch Entscheidungswege im ersten Moment verkürzt werden. Aber was wird, wenn der Katastrophenfall eintritt? Wie geht es dann weiter?

Aus dem Bericht wird nicht deutlich, ob die Zügel dann in einer Hand oder immer noch in mehreren Händen liegen. Zwar sind die Krisenzentrale der Landesregierung und das Lagezentrum des Innenministeriums zusammengelegt und technisch besser ausgestattet worden, aber es muss genau festgelegt sein, wer in welchem Fall die Verantwortung hat, damit in Zukunft schneller reagiert werden kann.

Der Bericht macht leider nicht deutlich, ob sich in den Ablaufstrukturen etwas geändert hat und was sich geändert hat. Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bisher haben wir auch zwei Jahre nach der „Pallas“-Havarie immer noch große organisatorische Probleme, wenn es um die Bekämpfung von Schiffsunfällen in der Deutschen Bucht geht.

Die Organisation im Fall der Fälle scheint immer noch unübersichtlich zu sein und einheitliche Leitungsstrukturen sind nicht erkennbar. Wenn das der schleswig-holsteinische Beitrag zu einer maritimen Leitkultur sein soll, so sehen wir diese Leitkultur bei Schiffsunfällen ebenso kritisch wie manch andere Leitkultur.

(Heiterkeit und Beifall beim SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Buß.

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Landesregierung hat das, was sie aus eigener Kraft regeln kann, im Wesentlichen erledigt.

Erstens. Die **Strukturen**, die Herr Harms eben angesprochen hat, sind zu üben. Wir sind in enger Verbindung mit der Bundeswehr. Ich bin selbst beim Flottenkommando gewesen und wir haben bestimmte Verabredungen getroffen. Das muss geübt werden und dann sind natürlich möglicherweise Verbesserungen nötig. Jeder, der sich mit solchen Dingen befasst hat, weiß, dass man am grünen Tisch allein nicht etwas Hundertprozentiges schaffen kann, sondern es muss umgesetzt werden.

Zweitens. Die **Projektorganisation** - das hat Herr Hentschel angesprochen - ist in der Tat zäh; sie ist typisch deutsch. Die wollen möglichst 130 % regeln und dann begnügen sie sich mit 100 %.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Deswegen haben ja auch die Innenminister der Küstenländer genau das in einem sehr scharf gehaltenen Brief moniert und gesagt: Dann zieht zumindest die Konstruktion des **Havariekommandos** vor, weil das - das ist auch meine Sicht - unabdingbar ist, um im Katastrophenfall wirklich eine einheitliche und klare Führungsorganisation zu haben.

Drittens. Herr Maurus, es nützt überhaupt nichts, wenn Sie wegen der „Oceanic“ auf mich einschlagen. Das ist zwar einfach, aber das Entscheidende ist - das wissen Sie auch -: Wir können den Vertrag nicht unterschreiben. Das muss der Bund machen. Ich bin der F.D.P. auf Bundesebene dankbar, dass sie eine Kleine Anfrage gestartet hat und in diese Richtung denkt. Das hilft.

Wir sind - wenn man auf Sylt wohnt, geht das vielleicht manchmal verloren -, auch wenn wir im Norden liegen, nicht unbedingt der Kopf dieser Republik. Es reden auch noch andere mit. In der Tat sind auch massive finanzielle Interessen im Spiel. Wir alle sind uns doch einig, dass wir eine tragfähige Konstruktion, ein tragfähiges **Konzept für Nord- und Ostsee** brauchen. Das beim Bund und den anderen Ländern zu erreichen, ist eben leider nicht so einfach.

Das gilt auch für die Küstenwache. Wer glaubt, eine einheitliche Küstenwache könne so im Handumdrehen gemacht werden - Herr Harms hat das eben angespro-

chen -, Schleswig-Holstein macht ein Konzept und man geht hin zu den Ländern und sagt, „Machen wir das doch mal so!“, ändert die Verfassung mal eben so mit einem kleinen Handstreich, der ist reichlich naiv. Das ist dermaßen schwierig! Kein Land ist bisher bereit, Kompetenzen aufzugeben. Schleswig-Holstein kann das allein nicht erreichen. Sie können den Kopf schütteln, bis er abfällt; das wird sich nicht ändern.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat Herr Abgeordneter Maurus das Wort.

(Zuruf von der SPD: Vorsichtig mit dem Kopf!)

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Minister Buß, ich höre Ihnen immer gern zu. Ich nehme Ihnen auch nicht übel, dass Sie in einem Punkt so daneben geschossen haben, dass eigentlich Sie den Kopf richtig schütteln müssten.

Ich will es Ihnen noch einmal deutlich machen. In Ihrem Bericht können Sie auf Seite 4 lesen, am 9. Dezember - jetzt müssen Sie genau zuhören - „wurde das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen“ aufgrund unserer Beschlussfassung „gebeten, im Hinblick auf die ‘Pallas’-Havarie einen lückenlosen Übergang für ausreichende Notschleppkapazitäten in der Deutschen Bucht sicherzustellen“. Herr Minister Buß, bevor Sie im Amt waren, gab es in diesem Land eine umfassende Diskussion: Hochseeschleppkapazitäten oder Notschleppkapazitäten. Das ist ein gravierender Unterschied. Wir haben in diesem Hause übereinstimmend deutlich gemacht, dass wir mit den **Notschleppkapazitäten** allein überhaupt nicht zurecht kommen, sondern **Hochseeschleppkapazitäten** brauchen. Wenn Sie unseren Beschluss so umsetzen und diese Forderung erheben, wie sie in dem Bericht zum Ausdruck kommt, liegen Sie daneben. Dann haben Sie den Auftrag dieses Hauses nicht erfasst. Darum ging es. Das unterstreiche ich noch einmal.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Zur Frage der **einheitlichen Küstenwachen!** Mir ist vollkommen klar, dass Sie die nicht von heute auf morgen umsetzen können. Ich sehe aber Folgendes - das sage ich sehr deutlich auch aufgrund vieler Diskussionen, die wir im Land und auch mit Mitarbeitern Ihres Hauses geführt haben -: Ich habe ein wenig den Eindruck, dass sich auch das schleswig-holsteinische Innenministerium in dieser Frage sehr, sehr schwer tut

(Heinz Maurus)

und mit dem Herzen und auch mit dem Verstand noch lange nicht bei dieser Lösung ist. Wir haben heute noch einmal einvernehmlich klargestellt, dass es Aufgabe der Regierung ist, die hier im Hause gefassten parlamentarischen Beschlüsse umzusetzen. Wir haben angemahnt, dass sie das tut. Das sage ich mit allem Nachdruck.

Bei der Diskussion mit anderen **Bundesländern** ist es schon hilfreich, wenn ein eigenes **Konzept** entwickelt worden ist, das schlüssig ist. Wenn Sie Ihren bayerischen Amtskollegen mit der Frage konfrontieren, ob er im Bereich der Polizei Hoheitsrechte abgeben möchte, dann - so ist mir vollkommen klar - sagt er Nein. Er hat aber auch nicht dieselbe Problemlage. Vielleicht sollten Sie einmal mit dem Mecklenburger Kollegen reden. Da - so scheint mir - tut sich im Moment so ein bisschen etwas. Da kommt ein bisschen Umdenken. Ich bin davon überzeugt, dass man auch die Niedersachsen gerade bei dem Punkt Wasserschutzpolizei ein Stück weiter bewegen kann.

Wir alle müssen damit rechnen, dass sich Seeunfälle wie bei der „Pallas“, aber auch gravierendere wiederholen. Dazu brauchen wir schlagkräftige Strukturen und einsatzfähige Kräfte. Je komplizierter und verfächerter das ist, umso problematischer wird es, das zu bewältigen.

Noch zwei kurze Bemerkungen! Auf die **Brandbekämpfung** sind Sie eingegangen. Wir haben aber noch einen weiteren Schwachpunkt, der vom Nautischen Verein und anderen Gruppierungen an uns herangetragen worden ist. Was machen wir denn mit der **Versorgung Verletzter** im Zuge von Seeunfällen? Dazu steht im Bericht überhaupt nichts.

Ein weiterer Prüfauftrag, den wir an den Umweltminister gerichtet haben, ging dahin, noch einmal die Organisation des staatlichen **Umweltamtes** und des **ALR** zu überprüfen, zu überprüfen, ob es nicht sinnvoll ist, die Führung von Gerätschaften und Personal aus dem staatlichen Umweltamt wieder zum ALR zurück zu verlagern.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Auch dazu kein Wort!

Wir werden noch einmal darüber reden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung zur abschließenden Beratung dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht abschließend!)

- Nicht abschließend? Aha! - Dann also zur Beratung in den Innen- und Rechtsausschuss. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse über den Antrag 15/532 abstimmen. Es ist beantragt worden, diesen Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Konrad Nabel [SPD]: Mitberatend Umweltausschuss! - Heinz Maurus [CDU]: Mitberatend Umwelt und Wirtschaft!)

- Mitberatend Umweltausschuss und Wirtschaftsausschuss! Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 21 auf:

Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern

Landtagsbeschluss vom 12. Juli 2000

Drucksache 15/261

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/513

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, dass die Sitzung noch nicht geschlossen ist.

Ich erteile das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt Berichtsansträge, über die geht die Zeit hinweg. Aber der **Bericht** soll heute selbstverständlich gegeben werden. Er zeigt deutlich - dies richte ich insbesondere an die Frau Kollegin Spoorendonk, die den Antrag seinerzeit gestellt hat -, dass es auch heute sehr zurückhaltend beurteilt werden muss, einen einheitlichen Status für Lehrerinnen und Lehrer länderübergreifend zu erreichen. Ich will die Gründe dafür kurz nennen.

Für die Länder ist der **Beschäftigungsstatus von Lehrerinnen und Lehrern** ein ganz wesentliches Instrument, um auf die **Bedingungen des Arbeitsmarktes** reagieren zu können. So war ein Überangebot von Lehrkräften, wie es Mitte der 90er-Jahre be-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

stand, Ausgangspunkt für die so genannte Einstellungszeit, die zunächst auch im Beamtenstatus durchgeführt wurde.

(Der Abgeordnete Gerhard Poppendiecker [SPD] unterhält sich mit Minister Claus Möller)

- Vielleicht könnte der Kollege Poppendiecker etwas leiser sprechen. -

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Teilzeitverträge, Angestelltenverträge sollten in einer solchen Situation für junge Nachwuchskräfte ein dauerhaftes Beschäftigungsangebot begründen und darüber hinaus zu einer schnelleren Verjüngung der Kollegien beitragen.

Diese deutlichen Vorteile gelten natürlich nicht für Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt für Lehrkräfte ausgeglichen ist beziehungsweise sich ein Lehrkräftemangel abzeichnet. Dann geht es verstärkt darum, die **Einstellungsbedingungen** möglichst attraktiv zu gestalten. Aber auch hier ist **Einheitlichkeit** im Moment nicht zu erwarten. Dagegen sprechen zunächst einmal die besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern, die durchweg Lehrkräfte im Angestelltenstatus einstellen und immer eingestellt haben, dann aber auch die generelle Unterschiedlichkeit des Lehrerarbeitsmarktes nicht nur hinsichtlich der Schularten - dies ist zwischen westdeutschen und ostdeutschen Ländern feststellbar -, sondern auch in Abhängigkeit zur jeweiligen Hochschuldichte.

Die Länder passen sich - das kann man wohl grundsätzlich sagen - mit differenzierten Einstellungsbedingungen diesem Lehrkräfteangebot an, etwa mit Angestelltenverträgen auf Teilzeitbasis, und eröffnen erst nach einer bestimmten Zeit die Perspektive der Verbeamtung.

Die Chance, von Schleswig-Holstein aus - sei es nun unter den Ministerpräsidenten oder in der KMK - den Bundesländern diesen gestuften Statuswechsel, den sie in ihrer Situation offenbar brauchen und wollen, auszureden oder zu einer Einheitlichkeit zu kommen, schätze ich eher gering ein. Die Länder, die auf ein Überangebot von Lehrkräften mit Teilzeiten im Beamtenverhältnis reagiert haben, sind gescheitert. Das **Bundesverwaltungsgericht** hat im März dieses Jahres die so genannte **Einstellungszeit für Beamte** im hessischen Landesbeamtengesetz kassiert. Im Juli hat das Hamburgische Obergericht in gleicher Weise entschieden. Beide Entscheidungen konnten uns nicht überraschen. Wir haben bewusst auf die Einführung der so genannten Einstellungszeit im Beamtenverhältnis verzichtet, solange Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes eben nicht modernisiert ist.

Dieser Artikel stellt ja nach wie vor auf die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums ab, wonach sich der Beamte mit voller Kraft und Hingabe seinem Amt widmen muss

(Holger Astrup [SPD]: Vor allem die Hingabe ist wichtig!)

und deswegen eine Einstellung in einem Teilzeitbeamtenverhältnis nicht zulässig ist.

Schleswig-Holstein hat deswegen schon 1996 eine **Bundesratsinitiative** eingebracht, mit der solche rechtlichen Risiken gemindert und der Weg zu einer Strukturreform geöffnet werden kann. Aber die bisherige Behandlung dieser Initiative gibt wenig Anlass, kurz- oder mittelfristig mit einer Verständigung auf Bundes- oder Länderebene zu rechnen.

Insgesamt ist - das ist das Fazit des Berichts - für alle westlichen Bundesländer festzustellen, dass sie kurzfristig oder sofort verbeamteten. Damit gibt es in der Statusfrage keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Bundesländern mehr. Ich kann Ihnen versichern, die Bildungsministerin ist über diese Tatsache sehr froh.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Jahr 1995 zog die Regierung Heide Simonis aus, die Welt zu verbessern. Lehrer - so das Reformkonzept - sollten keine Beamten mehr sein, sondern Angestellte - koste es, was es wolle. Den Anfang unter den alten Bundesländern würde Schleswig-Holstein machen. Mit dem Haushaltsjahr 1995 wurden dann **junge Lehrer** bei uns auch nicht mehr als **Beamte** eingestellt, sondern ausschließlich als **Angestellte**, oft auch nur mit Dreiviertelverträgen, also in so genannter Zwangsteilzeit.

Aber der Plan der Regierung Simonis war ehrgeiziger. Bundesweit sollte die Entbeamtungspolitik **Schleswig-Holsteins** Schule machen. Deshalb wurde 1996 eine **Bundesratsinitiative** gestartet, die das Dienstrecht für Beamte komplett ändern sollte.

Ich glaube, dass der Bericht, der uns heute vorliegt, ein Fazit dieser etwas unglücklichen und glücklosen Be-

(Jost de Jager)

mühungen zieht. Er ist sozusagen ein Dokument des Scheiterns.

(Beifall bei der CDU)

Das trostlose Ende dieser Politik, die das Markenzeichen der Regierung Simonis sein sollte, findet sich in solchen Sätzen wie dem, dass es wenig Anlass gebe, darauf zu hoffen, dass es kurz- oder mittelfristig auf Bundes- beziehungsweise Länderebene eine Verständigung auf eine Änderung der Verfassungsbestimmungen geben wird. Noch schlimmer heißt es dann später auf Seite 8 des Berichts:

„Auch unabhängig von verfassungsrechtlichen Fragestellungen dürfte daher die Bereitschaft (der Länder), sich ... auf einen Status festzulegen, nicht vorhanden sein.“

(Ursula Kähler [SPD]: Leider!)

- Sie sagen „leider“, Frau Kähler, aber in der Tat: Abgesehen von den neuen Bundesländern und von Bremen in einer Mischform herrschen in den alten Bundesländern überall Verhältnisse, unter denen jedes Bundesland in der einen oder anderen Form die **Verbeamtung von Lehrern** vorsieht. Entweder werden junge Lehrer von vornherein verbeamtet oder sie werden zunächst als Angestellte eingestellt, erhalten aber die sichere Option auf die Verbeamtung.

Ich sage das ohne Triumphgeheul, sondern ich sage das als eine nüchterne Feststellung zum Ende von vielen streitigen Diskussionen, die wir auch hier im Parlament über die Frage der Verbeamtung geführt haben. Ich sage es aber auch, weil das Scheitern der Entbeamtungspolitik auf Bundes- und Landesebene eine schwerer wiegende Bedeutung hat als nur die eines Parteiengeplänkels. Die **Entbeamtungspolitik** hat in Schleswig-Holstein - und vor allem an den Schulen in Schleswig-Holstein - bleibende Schäden hinterlassen.

Da ist erstens zu nennen, dass über fünf Jahre hinweg insgesamt 120 Millionen DM - andere Berechnungen gehen von dem doppelten Betrag aus, nämlich von 250 Millionen bis 300 Millionen DM - im Bildungshaushalt den Schulen und den Hochschulen vorenthalten worden sind, die dort dringend gebraucht worden wären.

Ich weiß, dass Sie jetzt mit anderen Rechnungen kommen werden, mit den Pensionskosten und Rentenbeiträgen und so weiter. Doch festzuhalten bleibt: Zu einem Zeitpunkt, zu dem Investitionen in das Bildungswesen in Schleswig-Holstein dringend erforderlich gewesen wären, in einem Zeitraum, in dem man Planstellen hätte schaffen müssen, in dem man Lehrstühle hätte halten müssen, in dem man in die Aus-

stattung von Multimedia hätte investieren müssen, haben Sie das Geld lieber in das Experiment Ihrer Entbeamtungspolitik gesteckt als in die Bildungshaushalte.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

- Das war falsch. So ist es, da kann man applaudieren. - Dass die 1.000 Lehrerstellen, die angekündigt worden sind und die mittelfristig geschaffen werden sollen, nicht einmal ausreichen werden, um die **Unterrichtsversorgung** in den kommenden Jahren zu verbessern, ist ein Versäumnis aus diesen Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man rechtzeitig vorgebeugt hätte, hätte es nicht zu dieser schlechten Unterrichtsversorgung im Lande kommen müssen. Insofern ist die fünfjährige Entbeamtungspolitik ursächlich mitverantwortlich für die Defizite in der Unterrichtsversorgung.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Der Bericht stellt im Fazit auf Seite 6 zu Recht fest:

„Der Beschäftigungsstatus ist für die Länder ein Instrument, mit dem sie auf die Bedingungen des Arbeitsmarktes für Lehrkräften reagieren. Parallel zu den Veränderungen bei Angebot und Nachfrage wird dieses Instrument in erster Linie pragmatisch eingesetzt.“

Stimmt! Nur, das Land **Schleswig-Holstein** hat über Jahre hinweg dieses Instrument falsch und eben nicht pragmatisch eingesetzt mit der Folge, dass junge Lehrer, die wir dringend gebraucht hätten, abgewandert sind und eine Beschäftigung in anderen Bundesländern gefunden haben. Der **Lehrermangel**, den wir haben, ist an den beruflichen Schulen mit Händen zu greifen. Er setzt sich in den Grund- und Hauptschulen in den kommenden Jahren fort.

Die Tatsache, dass wir es nicht schaffen, die Referendariatsplätze in den beruflichen Schulen zu besetzen, die Tatsache, dass wir mittlerweile Diplomingenieure zu Berufsschullehrern machen müssen, weil wir nicht genügend Lehramtsbewerber haben - alles das rührt aus einer Zeit her, in der in Schleswig-Holstein die Entbeamtungspolitik betrieben wurde. In Niedersachsen und auch in Hamburg wurden den jungen Berufsschullehrern Beamtenplanstellen angeboten und sie haben dieses Angebot wahrgenommen. Deshalb wird es noch eine Reihe von Jahren dauern, bis wir die falschen Signale aus jener Zeit wieder umgewandelt haben und junge Leute motivieren können, auf das Lehramt zu studieren. Auch dies ist eine Folge dieser Politik.

(Jost de Jager)

Zum Schluss darf ich Sie auffordern - ich hoffe, dass dies eine der letzten Debatten über die Verbeamtung sein wird, die wir in diesem Hause führen; Sie können dazu beitragen -: Ziehen Sie Ihre glücklose **Bundratsinitiative** zurück. Dann können wir uns den Themen von morgen zuwenden, statt ständig über die Themen von gestern zu reden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Als nächster Rednerin erteile ich der Antragstellerin, Frau Abgeordneter Hinrichsen, das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr de Jager, wir als SSW bleiben weiterhin bei unserer Haltung, dass **Beamte** nur für **hoheitliche Aufgaben** in der Verwaltung einzusetzen sind.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht einzusehen, dass Lehrerinnen und Lehrer Beamte sein müssen. Wir sind weiterhin der Meinung, dass angestellte Lehrkräfte viel flexibler im Schuldienst eingesetzt werden können.

Auch stehen wir zu der Aussage, dass eine Verbeamtung langfristig eine große finanzielle Belastung für den Landeshaushalt darstellt,

(Beifall bei der SPD)

denn durch die Verbeamtung von angestellten Lehrern wird den künftigen Generationen von Steuerzahlern unter den jetzigen gesetzlichen Voraussetzungen eine hohe Pensionslast zugeschoben.

Wir bleiben deshalb auch bei unserer Auffassung, dass es für die Zukunft der Bundesrepublik unausweichlich bleibt, Beamte in die Rentenbeitragspflicht einzubeziehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Darüber können wir reden!)

Die beiden Systeme - hier **Angestellte**, dort **Beamte** - müssen zusammengeführt werden, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ein guter Punkt!)

Angesichts der katastrophalen **Haushaltslage des Landes** und der zu erwartenden Kürzungen in vielen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen haben wir aber im Sommer vor der Situation gestanden, in der die Landesregierung bereit war, Kürzungen in Kernbereichen bei den Kommunen, im Sozial-, im Jugend- und im Kulturbereich oder bei den Minderheiten vorzu-

nehmen. Deshalb waren wir schweren Herzens bereit, eine Verbeamtung aller Lehrerinnen und Lehrer zu akzeptieren, denn es ist ja richtig, dass der Landeshaushalt dadurch kurzfristig große Summen gespart hat. 57 Millionen DM spart der Finanzminister kurzfristig durch die Verbeamtung.

Zu den kurzfristigen Einsparmöglichkeiten kam die sehr schwer zu verstehende Tatsache hinzu, dass angestellte Lehrkräfte unter dem Strich weniger als verbeamtete Kollegen in ihrer Gehaltstüte vorfanden. Darüber hinaus hatte sich der SSW dafür ausgesprochen, dass ein Alleingang Schleswig-Holsteins in dieser Frage auf Dauer nicht durchzuhalten ist.

Wir hatten deshalb in der Juli-Tagung einen Änderungsantrag zum CDU-Antrag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, einen Bericht über die Perspektiven und Möglichkeiten vorzulegen, eine einheitliche Regelung für den Status von Lehrerinnen und Lehrern im Landesdienst zeitnah auf Bundesebene umzusetzen.

Der Bericht, der uns heute vorgelegt wurde, ist sehr ernüchternd. Sie haben das eben auch ausgeführt. Sie haben gesagt, die westlichen Länder hätten sich für die Verbeamtung einfach entschieden und damit sei die Perspektive, ob man dies nun endlich ändern könne, wieder auf die lange Bank geschoben.

Noch schlimmer: Die Bundesländer benutzen den Beschäftigungsstatus als ein Instrument, mit dem sie auf die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt für Lehrkräfte reagieren können. Das heißt, in der jetzigen Situation haben wir relativ viele Länder, die ihren Lehrerinnen und Lehrern wieder einen Beamtenstatus anbieten, weil sie unter dem Lehrermangel leiden. Am Ende war das ja auch für uns das Argument für die Entscheidung zur Verbeamtung.

Auch ein einheitliches Dienstrecht, insbesondere die grundlegende Änderung des beamtenrechtlichen Versorgungssystems - sprich: eine Beitragspflicht für Beamte -, ist laut dem Bericht der Landesregierung in naher Zukunft sehr unrealistisch. Gerade dieses wäre aber zur Finanzierung einer zukunftsfähigen Rente unabdingbar.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Somit komme ich zu folgendem Fazit: Aus finanziellen und beschäftigungspolitischen Gründen sind wir leider auch in Schleswig-Holstein gezwungen gewesen, eine Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer vorzunehmen, obwohl wir doch alle wissen oder zumindest wissen müssten, dass diese Strukturen nicht zu einem modernen und leistungsfähigen Staat passen.

(Silke Hinrichsen)

Einen wichtigen Punkt möchte ich noch hinzufügen. Der SSW bleibt bei seiner Forderung, jedenfalls die durch die Verbeamtung eingesparten 57 Millionen DM sinnvoll einzusetzen, nämlich zur Rücknahme der Kürzungen bei den Minderheiten, den Kommunen und im sozialen Bereich.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verzichte darauf, Stellung zu den verschiedenen Hinweisen zu beziehen, die da Richtung „olle Kamellen“ gehen wie bei Herrn de Jager oder in Richtung Haushaltsberatung wie bei Frau Hinrichsen.

(Beifall bei der SPD)

Ich beschränke mich auf den vorgelegten Bericht und beziehe mich auf das, was die Ministerin sagte. Es ist deutlich geworden, dass in absehbarer Zeit eine Vereinheitlichung in diesem Bereich bundesweit nicht zu erreichen ist. Deswegen gibt es keinen aktuellen Handlungs- und meines Erachtens auch keinen aktuellen Diskussionsbedarf.

(Zurufe von der CDU)

Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der SPD - Zurufe und Lachen bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, dass der SSW mit seinem Berichtsantrag den Sozialdemokraten eine etwas unangenehme Vorlage beschert hat, angesichts des Berichts, der aus diesem Antrag hervorgegangen ist.

Tatsache bleibt, dass dieser Bericht eindrucksvoll dokumentiert, was wir in den letzten fünf, sechs Jahren hier im Lande schon immer gesagt haben, dass nämlich die **Lehrerbeschäftigungspolitik**, die Frau Simonis mit der Entbeamtung im Jahre 1994 eingeleitet und bis in dieses Jahr hinein weitergeführt hat, ein totaler **Irrweg** gewesen ist, der dem Land dreistellige Millionenbeträge gekostet hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Darüber hinaus hat er dazu geführt, dass qualifizierte junge Lehrkräfte aus unserem Lande abgewandert sind, weil die Beschäftigungsbedingungen mit Dreiviertelverträgen und Angestelltenverträgen im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht attraktiv genug waren.

Da kann man noch so sehr mit dem Kopf schütteln, „bis er abfällt“ - ich zitiere den Herrn Innenminister -; diese Beispiele gibt es zuhauf, Jürgen Weber, und die kennst du auch.

Andere Bundesländer gehen zunehmend wieder zur Verbeamtung der Lehrkräfte über. Das sozialliberal regierte Rheinland-Pfalz nahm diesen Kurswechsel auf Drängen der F.D.P. vor. Ministerpräsident Beck hat kürzlich angekündigt, dass demnächst, nachdem die Berufsschullehrer dort schon generell wieder verbeamtet werden, auch bei den anderen Lehrkräften im allgemein bildenden Bereich die Verbeamtung vorgenommen wird. Also auch dort, wo man diese andere Art der Lehrerbearbeitung in der Vergangenheit praktiziert hat, ähnlich wie in Schleswig-Holstein, geht man zurück. Das hat neben den finanziellen Ursachen - alle Länder haben unter den teuren Angestelltenverträgen finanzielle Probleme zu bewältigen - vor allem den Grund, dass wir auf einem sich verändernden Lehrerarbeitsmarkt kaum noch die Chance haben, Nachwuchslehrer zu finden, wenn wir nicht attraktive Beschäftigungsangebote unterbreiten. Da sind nun einmal Vollstellen für beamtete Lehrkräfte viel attraktiver und interessanter als Angestelltenverträge, und sie sind erst recht attraktiver, als Verträge auf Teilzeitbasis es jemals sein könnten.

Was die viel beschworene und heute vom SSW wieder herbeigepredigte angebliche **Flexibilität** angeht, möchte ich die verehrten Kolleginnen und Kollegen vom SSW bitten, sich einfach einmal mit dem Bundesangestelltentarifvertrag und den arbeits- und dienstrechtlichen Rahmenbedingungen für Angestellte im öffentlichen Dienst inhaltlich intensiv auseinander zu setzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Irrglauben ist weit verbreitet - auch in Teilen der Wirtschaft -, dass man mit Angestellten im Lehrerbereich irgendwie flexibler und leistungsorientierter vorgehen könnte. Dies alles ist Mumpiz, wenn man sich die Rahmenbedingungen, die das Arbeitsrecht und der Bundesangestelltentarifvertrag bieten, konkret ansieht.

Im Gegenteil. Ich bin der Auffassung und habe das wiederholt hier im Landtag ausgeführt, dass man mit dem Beamtenstatus viel leichter zu Fortschritten kommen könnte, beispielsweise, wenn es darum geht, stär-

(Dr. Ekkehard Klug)

kere Leistungsanreize in das Gehaltssystem einzuführen. Denn das Besoldungsgesetz kann ja durch eine Novellierung im Sinne von mehr leistungsorientierter Bezahlung schnell verändert werden, indem man zum Beispiel die Automatik der alle zwei Jahre anfallenden Gehaltssteigerungen in den einzelnen Besoldungsgruppen voll oder teilweise durch ein System von Zulagen ersetzt, die entweder funktions- oder aber auch leistungsbezogen sein könnten. Das heißt, man könnte eine echte **leistungsbezogene Bezahlung** im öffentlichen Dienst durch Änderung der Besoldungsgesetze erreichen. Das gilt natürlich nicht nur für den Lehrerbereich, sondern generell. Wenn Sie das bei den Angestellten im öffentlichen Dienst machen wollten, bräuchten Sie dafür immer die Unterschrift der ÖTV oder in Zukunft vielleicht von ver.di, sprich der Gewerkschaften.

Glauben Sie denn wirklich, dass solche eher auf Leistungsorientierung hin ausgerichteten neuen Strukturen im Tarifrecht von den Gewerkschaften tatsächlich akzeptiert würden? Bedeutete dies doch eine Abschaffung der bisherigen Automatik in der Gehaltsanpassung. Ich kann mir das derzeit jedenfalls nicht vorstellen. Ich meine, dass man hier mit dem Beamtenrecht viel besser vorankommt, was eine leistungsgerechte und auch mit Anreizen für gute Arbeit operierende Besoldung angeht.

Ich komme zum Schluss, denn es sind jetzt die letzten 15 Sekunden Redezeit für mich angebrochen. Die schleswig-holsteinische Lehrerbeschäftigungspolitik der letzten Jahre war ein teurer Flop mit wirklich schlimmen Folgen für die Unterrichtsversorgung an den Schulen. Wir hätten mit diesem Geld, das da verbraten worden ist, weiß Gott in den letzten Jahren viel Besseres für die Schulen tun können.

(Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort nun Frau Abgeordneter Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Klug, die F.D.P. erstaunt mich immer wieder.

(Zurufe von der F.D.P.)

Nicht nur, dass die F.D.P. behauptet, die Lehrtätigkeit falle in den hoheitlichen Bereich - das ist ihre erste absurde Feststellung -, sondern heute stellt sich die F.D.P. auch noch hin und sagt, die Modernisierung des Staates sei am besten dadurch zu schaffen, dass man möglichst viele Mitarbeiter verbeamtet; denn die Beamten seien ja noch viel flexibler als die Angestell-

ten. Ich bitte Sie, das auch dann zu wiederholen, wenn wir andere Dinge diskutieren; Sie sollten dann nicht mit gespaltener Zunge reden und mit unterschiedlichen Argumenten hier nach vorn treten.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ach, Frau Heinold! Misses Fünfprozent!)

Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht ist sehr ernüchternd. Aber Sie, Herr de Jager, haben ihn sehr einseitig gelesen, wenn Sie sich durch diesen Bericht nur voll bestätigt fühlen. Denn der Bericht macht ja auch sehr deutlich, dass die Praxis in den Ländern sehr viel differenzierter ist, als wir sie hier immer diskutiert haben. Es gibt vier Länder, die ohne Wenn und Aber gleich verbeamteten. Dazu gehören jetzt auch Schleswig-Holstein und Hamburg. Hamburg hat erst nach uns umgestellt. Darüber hinaus gibt es noch zwei andere Länder, die das tun. Und insofern ist dieser Bericht tatsächlich sehr ernüchternd.

(Jost de Jager [CDU]: Das geben Sie wenigstens zu!)

Er ist aber auch deshalb ernüchternd, weil deutlich wird, dass die Länder den Beschäftigungsstatus der Lehrerinnen und Lehrer als **Instrument** nutzen, um auf die Bedingungen des **Arbeitsmarktes** zu reagieren.

(Jost de Jager [CDU]: Eben! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr wahr!)

Ich sage Ihnen, das Beamtenverhältnis insgesamt ist mit Sicherheit damals nicht geschaffen worden, damit flexibel auf einen Arbeitsmarkt reagiert werden kann; das hatte ganz andere Gründe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr de Jager, was Sie völlig ausblenden, ist das zweite Ergebnis des Berichtes. Das ist unerfreulich, sehr ernüchternd und macht deutlich, dass Schleswig-Holstein für sein Bestreben, ein **einheitliches Dienstrecht** auf Bundesebene durchzusetzen, leider kaum Unterstützung findet. Das wird vor allem bei der Diskussion um die Angleichung der unterschiedlichen Versorgungssysteme von Angestellten und Beamten deutlich. Der Bericht zeigt auf, dass Schleswig-Holstein für eine dazu notwendige Verfassungsänderung leider keine Mehrheit finden würde. Die Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung, wie sie von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gerade vorgeschlagen wurde, ist von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr früh in die Diskussion gebracht worden. Eine Ausweitung der Rentenversicherungspflicht auf Beamte und Selbstständige wird von uns grundsätzlich befürwortet. Die CDU in Schleswig-Holstein könnte das, was die CDU/CSU-

(Monika Heinold)

Bundestagsfraktion in der jetzigen Situation vorge schlagen hat - dabei war es aber wohl eher Herr Seehofer, um die Rentenkonsensgespräche ein bisschen zu verzögern -, hier heute einmal aufgreifen und uns an dieser Stelle in der Sache Recht geben,

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

statt dass diese Forderung nur dann gestellt wird, wenn man glaubt, damit die Konsensgespräche über die Rente auf Bundesebene stören zu können.

(Jost de Jager [CDU]: Eins nach dem anderen!)

Stellen Sie sich doch hierhin und widersprechen Sie den Forderungen des deutschen Beamtenbundes, Landesverband Schleswig-Holstein, der erst die Rentenversicherung kritisiert und dann sagt, er selbst wolle auf keinen Fall, dass die Beamtenversorgung zukünftig auf Rente umgestellt wird. Stellen Sie sich doch einmal hierhin und sagen: Lieber Beamtenbund, wenn wir die Rente zukünftig sichern wollen, ist es sinnvoll, das System umzustellen und auch die Beamten in das normale Rentensystem einzubeziehen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Herr de Jager, Sie haben die Möglichkeit, in einem Dreiminutenbeitrag die Position von Herrn Seehofer hier deutlich zu machen.

(Jost de Jager [CDU]: Ich rede, wann ich will, nicht wann Sie wollen!)

Wir streben nach wie vor ein **einheitliches Versor gungsrecht** an und wollen dies auch umsetzen.

Ich bedanke mich bei der Landesregierung für die Klarheit und Kürze des Berichts. Wir hoffen, dass nicht nur durch die beschlossene Verbeamtung neue und qualifizierte Lehrkräfte an unsere schleswig-holsteinischen Schulen kommen, sondern dass sie vor allem deshalb in unser Land kommen und hier bleiben, weil sie gern in unserem Land zwischen den Meeren leben und weil sie die schleswig-holsteinische Schulreform gemeinsam mit uns umsetzen wollen im Interesse der Kinder unseres Landes. Es wäre schade, wenn Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein nur deshalb arbeiten, weil sie hier verbeamtet werden und nicht als Selbstständige gelten. Es muss ein Stück mehr Motivation dazugehören, was ich auch sehe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schlie ße die Beratung. Ein Antrag ist nicht gestellt worden, sodass der Punkt mit der Diskussion des Berichts heute erledigt ist. Widerspruch sehe ich nicht.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 22 auf:

Fremdsprachenunterricht an Grundschulen

Landtagsbeschluss vom 28. September 2000

Drucksache 15/427

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/514

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/536

Ich erteile das Wort der Ministerin für Bildung, Wis senschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissen schaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Es folgt nun ein Bericht zu einem zukunftsgerichteten Thema. Sie haben vielleicht wie ich eine Karikatur in der „Zeit“ gesehen. Ich muss sie beschreiben, weil ich das hier nicht hochzeigen kann. Da fragt eine Mutter ihren Sprössling ganz empört: „Was, ihr habt in der ersten Klasse schon Englisch und in der zweiten womöglich Dänisch und in der dritten Urdu?“

(Holger Astrup [SPD]: Esperanto! Und dann fahren alle hin!)

- In Schleswig-Holstein müsste man Friesisch viel leicht hinzufügen. - Diese besorgte Mutter wäre im realen Leben zu beruhigen. In Altenholz allerdings stimmt Teil 1; denn dort läuft ein viel beachteter Mo dellversuch mit Englischunterricht ab Klasse 1.

Meine Damen und Herren, ob Englisch, Dänisch, Französisch und auch Friesisch - welche europäische Minderheitensprache auch immer -, Fremdsprachen geben Einblick in die Kultur anderer Länder, sie ver schaffen Kenntnisse über Lebensgewohnheiten und Mentalitäten und sie lassen nationales Denken hinter fragen und ebnen den Weg zu Akzeptanz, Anerken nung und Respekt vor anderen Kulturen. Das ist das Metaziel von Fremdsprachenerziehung in allen Schularten und überall.

(Beifall bei F.D.P. und SSW sowie des Ab geordneten Jürgen Weber [SPD])

An dem Beifall merke ich, dass wir uns einig sind, dass das Kennenlernen einer fremden Sprache bereits

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

in der Grundschule beginnen soll. Diese Erkenntnis hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr durchgesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wade-phul [CDU])

- Herr Wadephul, ich kann nicht verstehen, was Sie dazwischenrufen. Melden Sie sich doch! Sie haben sich ja öffentlich geäußert, um einmal wieder den Standort Schleswig-Holstein schlecht zu reden.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Wir wissen um die besondere Aufnahmefähigkeit gerade der jüngsten Schülerinnen und Schüler. Wir wissen um ihre Fähigkeit, im spielerischen Umgang Neues zu lernen und sich zu erschließen. „Früh übt sich“ - dieser Spruch gilt natürlich für das Sprachenlernen in ganz besonderem Maße. Ob das in der Zuspitzung gilt „je früher, desto besser“, also schon im Kindergarten oder noch früher oder sogar vorgeburtlich, wie man das in Japan anfängt, muss man wirklich bezweifeln. Aber über das Ziel und die Begründung, dass das frühe Sprachenlernen sehr erfolgreich ist, herrscht Einigkeit.

Über die **Methoden** allerdings sind sich die Experten noch nicht einig. Es gibt unterschiedliche Auffassungen und die Bundesländer verfolgen dementsprechend unterschiedliche Wege und unterschiedliche Strategien zur Erprobung. Ungefähr die Hälfte der Bundesländer geht mit uns den Weg, den die Kultusministerkonferenz 1997 vorgeschlagen hat, nämlich den Weg der Fremdsprachenbegegnung mit täglichen fachintegrierten Übungseinheiten. Die täglichen Übungseinheiten - so sagen viele Experten - haben den höchsten Übungseffekt. Das ist ja auch unmittelbar nachzuvollziehen. Demgegenüber beginnen andere Bundesländer den Weg mit Fachunterricht in der Grundschule zu gehen, zum Teil einstündig, manche planen sogar zwei Stunden. Ich bezweifle, dass einem einstündigen Fachunterricht der Vorzug vor täglichen Übungseinheiten zu geben ist, die auch grundschulgemäßer sein können.

(Beifall bei SPD und SSW)

Jedenfalls sind wir der Auffassung, dass sich die **Fremdsprachenbegegnung** in das pädagogische Konzept der Grundschularbeit insgesamt am besten einfügt.

Die Fremdsprachenbegegnung wird damit zum Teil des Grundschulunterrichts, ohne dass ein eigenständiges Fach entsteht. Wir dürfen es als Glück werten - so viel möchte ich zum Thema Minderheitensprachen an dieser Stelle sagen; das ist im Bericht deutlicher ausgeführt -, dass das Sprachenangebot in den schleswig-holsteinischen Grundschulen durch den Umgang mit

den Minderheitensprachen eine zusätzliche Bereicherung erfährt.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die Bedeutung des Sprachenlernens hat in allen Schularten heute einen hohen Stellenwert. Wir werden im nächsten Jahr das europäische Sprachenjahr haben und es mit zusätzlichen Aktivitäten in Schleswig-Holstein begleiten. Das öffentliche Interesse an diesem Thema ist groß. Es ist sicherlich an fast jeder Schule Thema, nicht nur bei den Lehrerinnen und Lehrern, sondern insbesondere auch bei den Eltern.

Wir haben eine Kommission berufen, die das Gesamtkonzept für den Fremdsprachenunterricht weiterentwickeln muss. Sie wird mit allen an Fremdsprachenunterricht interessierten Gruppen zusammenarbeiten, natürlich auch mit den Kapazitäten, die an unseren Hochschulen dafür vorhanden sind. Denn auch das Konzept der Fremdsprachenbegegnung ist keines, das man einmal nebenbei unvorbereitet machen kann, sondern es erfordert einen geordneten, sorgfältigen und qualitätsorientierten Weg. Das gilt im Hinblick auf die Fortbildungsmaßnahmen, die erforderlich sind, das gilt für die Lehrplanentwicklung, das gilt für den Übergang in die Sekundarstufe I, wo derzeit noch Überzeugungsarbeit zu leisten ist. Denn viele Lehrerinnen und Lehrer in den weiterführenden Schulen vermissen die Faszination des Anfangsunterrichtes im Fach Englisch, die in der Orientierungsstufe zu Beginn der Sekundarstufe bisher natürlich eine Besonderheit ausmacht.

Ich gehe davon aus, dass wir von der Kommission in absehbarer Zeit Vorschläge für die erforderliche Änderung des Lehrplanes der Sekundarstufe I bekommen, für Standards, die für den Übergang auf die weiterführenden Schulen gesetzt werden müssen, und für den Zeitpunkt des Erlernens der zweiten und weiterer Fremdsprachen.

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss; die Zeit für einen solchen Bericht ist sehr kurz. - Unser Konzept ist offen für weitergehende Vorschläge, die die Kommission machen wird oder die das Parlament diskutiert. Wir sind auch offen für die Erfahrungen anderer Bundesländer. Ob allerdings die Verkürzung des Deutschunterrichtes in der Grundschule, wie sie in Bayern geplant ist, oder die Verkürzung des Fremdsprachenunterrichtes in der Sekundarstufe I, wie Hamburg es plant, der richtige Weg sind, um in der Grundschule Fachunterricht zu erteilen, bezweifeln wir derzeit.

Meine zweite abschließende Bewertung: Die vielfältigen Initiativen, Arbeitsgruppen und Arbeitsgemeinschaften im Lande ergänzen sehr gut das Angebot, das

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

wir an rund ein Drittel der Grundschulen bereits haben, und das sich ständig von Schuljahr zu Schuljahr ausweiten wird und muss. Unser Ziel muss es aber sein, **Chancengleichheit** herzustellen und dabei die **begrenzten Ressourcen** - das allerdings muss mit Ausrufungszeichen versehen werden - zu beachten.

Unser Ziel ist, spätestens bis zum Schuljahr 2004/05 die Fremdsprachenbegegnung flächendeckend in der Grundschule einzuführen. Wir werden diesen Weg mit Sorgfalt und Qualität gehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Storjohann.

Gero Storjohann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Englisch in der Grundschule - der Bericht, der gegeben wurde, basiert auf einem interfraktionellen Antrag und gibt einen Überblick über Angebot und Zukunft des Fremdsprachenunterrichts hier in Schleswig-Holstein. Die Ministerin hat es ja gesagt, der **Bundesvergleich** am Ende des Berichts zeigte sehr deutlich, dass Schleswig-Holstein hinsichtlich des Erwerbs von Fremdsprachenkompetenz in der Grundschule leider das Schlusslicht bildet. Diese rote Laterne müssen wir im Interesse unserer Kinder schnellstens wieder loswerden.

(Beifall bei der CDU)

Englisch wandelt sich immer mehr von einer Fremdsprache zu einer Umgangssprache, besonders hier in Europa.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Dies erfordert eine frühere Begegnung von Schülerinnen und Schülern mit Englisch als bisher. Während andere Bundesländer bereits bei der Einführung des verbindlichen Englischunterrichts sind, befindet sich Schleswig-Holstein - das hat die Ministerin auch zum Ausdruck gebracht - immer noch in der Prüfphase. Hier in Schleswig-Holstein gibt es bereits sehr viele Beispiele für die hohe Akzeptanz der Eltern und Lehrer für die Einführung des Englischunterrichts.

(Beifall bei der CDU)

Da gibt es nicht nur eine Akzeptanz, sondern auch ein massives Drängen und Fordern, dass die Politik hier die notwendigen Entscheidung herbeiführt. Deshalb ist

es unerklärlich, dass diese Landesregierung immer noch zögert. Das ist für uns unverständlich.

Vor diesem Hintergrund gibt es im Lande viele Elterninitiativen, die in Form unterschiedlicher Modelle Englischunterricht außerhalb des regulären Stundenplanes organisieren und auch finanzieren. Das zeigt sehr deutlich, dass Schleswig-Holstein erheblichen **Nachholbedarf** hat. Wir begrüßen die Arbeit dieser Initiativen. Aber angesichts des Gebots, flächendeckend Chancengerechtigkeit herzustellen, ist es wichtig, eine schulpolitische Entscheidung über die Zukunft des Englischunterrichts an schleswig-holsteinischen Grundschulen zu treffen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung setzt zurzeit auf das Konzept der freiwilligen Begegnung mit der ersten Fremdsprache in Form von zehn- beziehungsweise fünfzehnminütigen Einheiten ab der dritten Klasse. Im Bericht wird über eine Weiterentwicklung des Konzepts durch eine Kommission, die bereits seit Oktober 2000 tagt, nachgedacht. Sie kündigen an, bis zum Schuljahr 2004/05 die Fremdsprachenbegegnung flächendeckend in Schleswig-Holstein einzuführen. Das zeigt, dass wir nicht besonders früh und schnell mit der Einführung von Englisch und weiteren Fremdsprachen hier in Schleswig-Holstein begonnen haben.

Die CDU hat ein anderes Konzept und bringt es heute mit dem Antrag hier auch ein. Wir befürworten die Einführung von Englisch als ordentliches Unterrichtsfach ab der dritten Klasse an allen Grundschulen des Landes. Deshalb haben wir ein **Zwei-Phasen-Modell** entwickelt, dass genügend Vorbereitungszeit für die erforderlichen Änderungen in den Lehrplänen, in der Lehreraus- und fortbildung und in der Erstellung von Unterrichtsmaterialien vorsieht. In der Phase I sollen innerhalb von drei Jahren freiwillige Angebote auf der Grundlage ganzer Unterrichtsstunden ausgeweitet werden. Während dieser Zeit sind die organisatorischen Voraussetzungen für die flächendeckende Einführung von Englisch als erster Fremdsprache und ordentlichem Unterrichtsfach zu treffen.

In der Phase II wird Englisch ab dem Schuljahr 2003/04 als ordentliches Unterrichtsfach eingeführt. Der Lehrbedarf ist im Zuge der Lehrbedarfsplanung - die ja in Vorbereitung ist - sicherzustellen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viel Stellen sind das denn? Haben Sie das mal ausgerechnet?)

- Das haben wir ausgerechnet. Die CDU ist gern bereit, diese Diskussion mit Ihnen zu führen. Und auf die

(Gero Storjohann)

Lehrerbedarfsplanung warten wir. Die wird ja jetzt von der Regierung geliefert werden müssen,

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viel Stellen wollen Sie denn für Englisch?)

und zwar ausreichend für die Schüler in Schleswig-Holstein. Frau Heinold, es wäre schön, wenn Sie da mitmachen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU ist über das zögerliche Vorgehen der Landesregierung besorgt.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wird auch aus den Beiträgen von Frau Heinold immer deutlicher. Durch den ganzen Bericht zieht sich wie ein roter Faden das **fiskalische Argument**: Kein Geld und deshalb kein Englischunterricht.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Aber so kann es nicht weitergehen. Ich hoffe, dass die heutige schulpolitische Debatte den nötigen An Schub für zukunfts fähigen Fremdsprachenunterricht in Schleswig-Holstein gibt. Wir beantragen die Ausschussüberweisung.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Joachim Behm [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die hier im Landtag vertretenen Parteien haben ja in der September-Tagung gemeinsam den Berichts Antrag eingebracht. Wir sind uns in diesem Haus darüber einig, dass unsere Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf ein zusammenwachsendes Europa eine Fremdsprachenkompetenz brauchen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Lars Harms [SSW])

Aufgrund langjähriger wissenschaftlicher Begleitung und auch aus Erfahrungen wissen wir, dass das Erlernen mehrerer Sprachen Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter in keiner Weise überfordert, wenn es in pädagogisch geeigneter Weise geschieht. Der Spracherwerb ist - bezogen auf die Sprache - weder genetisch noch durch Herkunft bedingt. Wir wissen,

dass im Grunde jedes normal entwickelte Kind jede Sprache lernen kann.

Wir können also Eltern hinsichtlich möglicher Befürchtungen beruhigen, dass etwa die Einführung einer Fremdsprache in der Grundschule die Unterrichtsleistung in den anderen Fächern beeinträchtigen wird. Gemeinsames Lernen ist in der Grundschule Alltag. Für den Erwerb einer Fremdsprachenkompetenz an der Grundschule bedeutet dies, dass die Fremdsprachenkompetenz von allen Kindern erworben wird. Das bedeutet in der Konsequenz, dass wir das Angebot zum Erwerb von Fremdsprachenkompetenz dann auch **flächendeckend** an allen Grundschulen einzuführen haben.

Wir wissen, dass es in Schleswig-Holstein eine Vielzahl von freiwilligen Angeboten gibt. Aus meiner Erfahrung ist das nicht immer unproblematisch, vor allen Dingen dann, wenn es um die Frage der immer noch zuständigen örtlichen Grundschule geht, die vielleicht dieses Angebot nicht vorhält. Es gibt auch Probleme bei den Eltern, wenn Familien umziehen. Hier denke ich zum Beispiel an den Hamburger Randbereich. Wenn dort Familien aus der Hansestadt in den Schleswig-Holsteinischen Raum ziehen, werden sie, sofern sie Kinder im Grundschulalter haben, dann auf den Fremdsprachenunterricht für sie verzichten müssen. Ich denke, dass das ein Thema ist, was wir zu bewältigen haben.

Herr Storjohann, wir haben mit Ihrem Antrag, den Sie heute eingebracht haben, keine großen Probleme.

(Beifall des Abgeordneten Gero Storjohann [CDU])

Wir müssen aber diskutieren, wie wir diesen Weg nun wirklich beschreiten wollen. Sie schlagen vor, in der ersten Phase die freiwilligen Angebote weiter auszuweiten. Ich denke, wenn wir die **Chancengleichheit** wahren wollen, dann müssen wir allen Grundschulen die Möglichkeit geben, wir müssen die Einführung der Fremdsprache eben auch regulieren. Ich kann die Intension Ihres Antrages schon verstehen, sind doch freiwillige Arbeitsgemeinschaften etwas, was wir immer gern in der Schule haben und uns auch sonst im Leben wünschen. Ich denke, wir müssen diesen Initiativen auch sehr dankbar sein. Nur, irgendwann wird es eine Situation geben, wo dieses freiwillige Element staatlich reguliert wird. Dann werden wir unser Bestreben, was wir sonst haben, nämlich Deregulierung zu betreiben, in die andere Richtung umkehren müssen und regulieren müssen, weil es zu übergeordneten Normen kommen soll.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das heute noch sehr bunte Bild der Fremdsprachenver-

(Dr. Henning Höppner)

mittlung an Grundschulen in Zukunft unter staatlicher Regulierung etwas einheitlicher wird.

Die Ministerin hat in ihrem Bericht auf Seite 5 die Konzepte für die **Fremdsprachenvermittlung an den Grundschulen** beschrieben und empfiehlt, in Schleswig-Holstein das Konzept im Sinne einer Fremdsprachenbegegnung fortzuentwickeln, das sich auch in den bisherigen Initiativen durchgesetzt hat. Wir haben bislang an 115 der insgesamt 618 Grundschulen des Landes solche Initiativen.

Nach dem Bericht der Ministerin haben bisher 500 Lehrerinnen und Lehrer an entsprechenden Fortbildungen teilgenommen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Wenn man das auf die Anzahl der Lehrer hochrechnet, die benötigt werden, stellt man fest, es ist im Augenblick etwa ein Drittel der Lehrkräfte, die diesbezüglich ausgebildet worden sind. Das Thema der Lehreraus- und -fortbildung wird nach wie vor ein zentrales bei der Bewältigung dieses Themas bleiben.

Neben der Einführung der Fremdsprache an den Grundschulen haben wir auch Sorge dafür zu tragen, dass die in der Grundschule erworbene Fremdsprachenkompetenz der Schülerinnen und Schüler in den weiterführenden Schulen auf dieser Grundlage weiterentwickelt wird. Es darf sich nicht das wiederholen, was etwa in den 70er-Jahren geschah, als es eine ähnliche Initiative

(Glocke des Präsidenten)

zur Fremdsprachenvermittlung an den Grundschulen gab.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Damals hatte man an den Gymnasien gesagt: Das, was ihr an den Grundschulen an Fremdsprachunterricht hattet, ist alles Spielerei gewesen. Vergesst das einmal. Wir fangen in der Sexta noch einmal von vorn und dann ordentlich an. Das darf nicht passieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Richtig!)

Herr Storzjohann, Sie haben eben den Eindruck erweckt - ich komme damit zum Schluss -, wir seien in Schleswig-Holstein das Schlusslicht hinsichtlich der Fremdsprachenvermittlung an den Grundschulen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das steht leider fest!)

Ich kann den Bericht auch lesen und sehe, dass es bislang nur fünf Bundesländer gibt - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, ich habe Sie gebeten, zum Schluss zu kommen.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Ich denke, wir befinden uns - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Höppner, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Landtagsfraktion hat bereits im August 1995 - also in der vorletzten Wahlperiode - einen Antrag Drucksache 13/2934 vorgelegt, in dem es heißt:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an schleswig-holsteinischen Grundschulen nach dem Beispiel anderer Bundesländer ein pädagogisch geeignetes Unterrichtsangebot im Bereich der Fremdsprachen zu schaffen.“

Wir freuen uns, dass dieses Anliegen nun - fünf Jahre später - von anderen Fraktionen hier im hohen Hause durch entsprechende Initiativen aufgegriffen worden ist.

Eine bessere **Vermittlung moderner Fremdsprachen** - insbesondere natürlich der Weltsprache Englisch - ist nicht nur ein wichtiges bildungspolitisches, sondern auch ein gesellschaftspolitisches Ziel. Die Begründung der wesentlichen Punkte hat die Landesregierung in der Vorbemerkung zum Bericht zusammengefasst. Frau Ministerin Erdsiek-Rave ist auch darauf eingegangen. Ich erspare mir, diese Punkte zu wiederholen.

Andere europäische Staaten - das ist zweifellos richtig - sind uns in Deutschland in dieser Beziehung - und das gilt speziell auch für Schleswig-Holstein - weit voraus.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Dr. Ekkehard Klug)

In Österreich wird von diesem Schuljahr an Englischunterricht für die **Grundschüler** ab der ersten Klasse allgemein praktiziert. Bestrebungen gibt es auch in anderen Ländern. In Dänemark hat sich kürzlich der dänische Industrieverband dafür eingesetzt, an den Grundschulen von der ersten Klasse an generell ein entsprechendes Angebot an Englischunterricht einzuführen. In Deutschland machen es die Waldorfschulen auch von Anfang an.

Ich verweise darauf, dass der Verein für frühe Mehrsprachigkeit in Schleswig-Holstein im Rahmen einer bundesweiten Umfrage ermittelt hat, dass wir hier im Vergleich zu anderen Bundesländern einen Rückstand haben. Anderenorts ist es vielfach so, dass man ab der ersten oder zumindest von der dritten Klasse an sehr viel systematischer mit dem Englischunterricht operiert, als das bei uns der Fall ist. Wir haben Nachholbedarf.

Der Bericht der Landesregierung und die Initiative der CDU-Fraktion bieten eine Grundlage für das weitere Vorgehen, unseren Nachholbedarf in Schleswig-Holstein alsbald auszugleichen und im Bildungsausschuss darüber zu diskutieren.

Ich bin der Auffassung, dass Fortschritte nur im Rahmen eines **Stufenkonzeptes** realisiert werden können. Die Frage ist, wie das aussehen sollte.

Realistischerweise ist davon auszugehen, dass es zunächst wohl nur ab Klasse 3 eine systematischere Englischvermittlung in den Grundschulen geben kann. Das ergibt sich aus der Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften. In den nächsten fünf Jahren haben wir extrem wachsende Schülerzahlen im Bereich der weiterführenden Schulen - also an den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien -.

Es wird nicht möglich sein, aus dem Bereich der Sekundarstufe I **Lehrpersonal** für eine Verstärkung des **Fremdsprachenunterrichts an den Grundschulen** abzuziehen. Das ist in den nächsten fünf, sechs Jahren angesichts der Entwicklung der Schülerzahlen einfach nicht vertretbar und darstellbar. Das sagt der Bericht ja auch zu Recht, denn das hieße, jede Verbesserung durch zusätzliche Ressourcen in den nächsten Jahren mit einer Anschubausstattung zu versehen.

Die Regierung stellt in ihrem Bericht fest, dass allein eine Stunde Englisch ab der 3. Klasse 110 zusätzliche Lehrerstellen erfordern würde. In Anbetracht der finanziellen Situation des Landes ist das ein großes Stück Holz. Man muss sich darüber unterhalten, wie wir zu diesem unbedingt zu erreichenden Zielen möglichst rasch kommen - auf welchem Wege, über welche Schritte, über welche Stufen.

Ich halte es allerdings für unbegründet, wenn in Ihrem Bericht auf Seite 7 festgestellt wird, ein neues Fach mit **zusätzlichen Unterrichtsstunden** in der Grundschule würde zu einer Überforderung der Grundschüler führen. Tatsächlich ist es heute doch so, dass nicht einmal die bestehende Stundentafel an den Grundschulen unterrichtet wird, das heißt, dass Grundschüler vielfach unterfordert oder nicht ausreichend gefördert werden, wie es nach den Stundentafeln eigentlich vorgesehen ist. Auch das Beispiel anderer Länder belegt, dass ein zusätzliches Fach eine denkbare Möglichkeit ist.

Zum Schluss möchte ich auf einen für mich wesentlichen Punkt hinweisen. Es kommt entscheidend darauf an, dass der **Übergang** von der **Grundschule** in den Bereich der **weiterführenden Schule** im Auge behalten wird, Herr Höppner hat es bereits angesprochen. Es kann nicht angehen - das ist die kritische Diskussion, die in letzter Zeit in Hamburg geführt worden ist -, dass die weiterführenden Schulen Schüler aus Grundschulen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen in der englischen Fremdsprache aufnehmen und dass diese massiven Niveauunterschiede in der 5. Klasse der weiterführenden Schulen erst einmal ausgeglichen werden müssen. Das würde den Erfolg einer Frühvermittlung von Englischkenntnissen teilweise wieder konterkarieren, weil man in den weiterführenden Schulen Probleme hat, dies zu bewältigen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist für mich ein ganz entscheidender Punkt. Herr Höppner hat Recht, das bunte Bild, dieser bunte Flickenteppich, der heute in punkto Englischunterricht im Grundschulbereich existiert, muss zu einer einheitlicheren Regelung entwickelt werden.

(Glocke des Präsidenten)

- Das ist der letzte Satz, Herr Präsident! - Es muss klar sein, was die Grundschulen als Voraussetzung für die weiterführenden Schulen mitbringen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur Europa, sondern die ganze Welt rückt in einem noch vor wenigen Jahren ungeahnten Tempo zusammen. Der Siegeszug des Internet, aber auch Tourismus und natürlich die Migration sind Motor dieser Entwicklung. Immer mehr Firmen sind Global

(Angelika Birk)

Players, das heißt, dass Betriebsteile in der ganzen Welt verstreut sind und die Menschen auf unterschiedlichen Plätzen zusammenarbeiten und gemeinsame Projekte kommunizieren müssen.

Die Voraussetzung dafür ist die Beherrschung von Fremdsprachen und die Kenntnis kultureller Besonderheiten und Unterschiede. Schon heute kann sich keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer mehr leisten, auf einem qualifizierten Arbeitsplatz ohne eine Fremdsprache zu arbeiten. Und das Surfen macht ja auch keinen Spaß, wenn wir nicht verstehen, was wir dort finden.

Wie bedeutsam dieses Thema ist, wird durch die interfraktionelle Initiative deutlich. Die Landesregierung hat den Bericht rasch erstellt. Das freut uns. Er ist sehr knapp, aber dafür sehr informativ ausgefallen. Dafür herzlichen Dank!

Die rot-grüne Landesregierung hat die Notwendigkeit, aber auch den pädagogischen Wert erkannt, **Grundschülerinnen und Grundschüler mit fremden Sprachen und Kulturen** vertraut zu machen. Ich begrüße ausdrücklich, dass die von der Landesregierung dazu gewählte Form keine Benotung vorsieht und damit auf weiteren Leistungsdruck verzichtet.

Mit der in den Fachunterricht integrierten 10- bis 15-minütigen Fremdsprachenbegegnung pro Woche wird eine positive und erlebnisreiche Erstbegegnung mit der fremden Sprache ermöglicht, dann folgt das intensive Lernen in der 5. Klasse.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Anke Spoorendonk
[SSW])

Wir sollten allerdings die **Ergebnisse des Schulversuchs** an der Klaus-Rixen-Schule in Altenholz und die Erfahrungen aus den anderen Ländern sehr sorgfältig auswerten. Hierin stimme ich der Ministerin ausdrücklich zu. Sollte sich herausstellen, dass dort doch eine Überforderung entsteht oder dass die Organisation nicht klappt, so müssen wir dies frühzeitig vermeiden lernen. Solange aber diese Ergebnisse nicht vorliegen, Herr Klug und Herr de Jager, halte ich es für fahrlässig, jetzt - holterdiepolter - eine Entscheidung zu treffen: Fachunterricht ab Klasse 3. Das sage ich nicht nur wegen der Finanzen. Sie mogeln sich ja wieder um die Frage des Geldes herum; das kennen wir von Ihnen ja.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Heißt das denn sonst, dass wir, wie in Bayern, den Deutschunterricht reduzieren sollen? Ich glaube, gerade das Gegenteil brauchen wir.

Damit lassen Sie mich auf einen Aspekt eingehen, der in dem Bericht aus meiner Sicht unterentwickelt ist. Wir finden auch, 2004/2005 ist sehr spät für eine **flächendeckende Einführung** dieses **Fremdsprachenunterrichts**, und wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, wie dies ohne zusätzliche Bereitstellung riesiger Mittel - das können wir nicht - beschleunigt werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem herzlichen Dank an alle die Lehrerinnen und Lehrer und an die Eltern, die die bisherige Entwicklung möglich gemacht haben.

Nun komme ich zu dem Punkt, der mir in dem Bericht unterentwickelt zu sein scheint. Wir müssen uns ja klar machen, 30 % aller Kinder in Deutschland - ich betone: 30 %! - haben mindestens einen Eltern- oder Großelternteil mit Migrationshintergrund und der Anteil ist steigend. Es ist keine kleine Minderheit in wenigen Problemstadtteilen, es ist inzwischen eher die Regel als die Ausnahme, dass die Biografie nicht nur auf Deutschland verweist.

Wenn wir ein **Einwanderungsland** sind - das sind wir; wir haben ja gestern und vorgestern ausdrücklich darüber gesprochen -, dann muss sich das natürlich auch im **Unterricht** niederschlagen. Wir können nicht so tun, als würde die Mehrzahl der Kinder Deutsch unmissverständlich gut als Muttersprache mitbringen. Das heißt, wir müssen in den Schulen erstens den Deutschunterricht für alle Kinder verlässlich anbieten, das heißt auch dem Fremdsprachencharakter des Deutschen deutlich Rechnung tragen - das muss ein verlässliches Angebot sein -, und wir müssen zweitens darüber nachdenken, wie auch der herkunftsprachliche Unterricht in unsere Grundschulen Eingang findet; Herkunftssprache heißt hier Türkisch, Spanisch, Griechisch oder Russisch. Das muss gewürdigt werden; da müssen wir tatsächlich etwas tun, damit interkulturelles Lernen nicht nur eine leere Worthülse ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Anke Spoorendonk
[SSW])

Eine Schule, die eine solche interkulturelle Bildung bereits beispielhaft in Schleswig-Holstein leistet, ist die Albert-Schweitzer-Schule in Wedel. Zu Recht hat die Ministerin sie in einer Sonderveröffentlichung der ortsansässigen Tageszeitung gewürdigt. Es werden dort Kinder aus 20 Nationen unterrichtet, die in dem Stadtviertel wohnen, in dem auch diese Grundschule steht, und es werden dort die interkulturellen Ansätze hervorragend zusammengebracht und es wird auch gemeinsam Englisch gelernt - sehr lebensnah.

(Angelika Birk)

Für ein solches Konzept müssen wir aber auch an die Sprachen denken. Nicht zu Unrecht hat der türkische Elternvertreter dieser Schule die Lehrer und Eltern dafür sensibilisiert, was es heißt, in der Grundschule nicht gut Deutsch zu können. Wir werden also auch dieses Thema im Ausschuss vertieft diskutieren. Es ist wichtig, sich auf Englisch verständigen zu können. Für das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft ist es aber nicht weniger wichtig, sich mit der dänischen Nachbarin - Frau Spoorendonk! - und mit der türkischen verständigen zu können. In diesem Sinne: Interkulturelle Bildung heißt mehr als Englisch lernen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das war ja genau auf den Punkt beendet.

Jetzt hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon seit Jahren beherrschen Schlagworte wie Globalisierung und vereintes Europa die öffentliche Debatte in der Bundesrepublik. Diese Wortbildungen müssen als Begründung für allerlei Strukturänderungen oder sogar für viele Kürzungen im Sozialbereich herhalten. Oft benutzen wir diese Wörter auch, um Veränderungen in den Wirtschaftsprozessen zu erklären oder zu vermitteln.

In diesem Zusammenhang wird aber viel zu wenig darüber gesprochen, dass eine der entscheidenden Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestehen in unserer Gesellschaft in diesen Entwicklungsprozessen auch ein Verständnis für die Kultur und die Sprache anderer Länder, Nationen und Völker ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Um andere Kulturen wirklich zu verstehen und mit ihnen kommunizieren zu können, ist das Beherrschen einer Fremdsprache oder mehrerer Fremdsprachen unabdingbar. Anders gesagt: Voraussetzung für ein friedliches Europa ist nicht zuletzt auch, dass wir die gleiche Sprache sprechen, dass wir einander verstehen.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Helmut Plüschau [SPD])

Dazu kommt natürlich auch, dass die Beherrschung einer Fremdsprache oder mehrerer Fremdsprachen mittlerweile zu einer Schlüsselqualifikation für den globalisierten Arbeitsmarkt geworden ist. Die Beherrschung von Fremdsprachen ist also sowohl eine kulturelle als auch eine berufliche Qualifikation. Es gibt

also genug Gründe, dass unsere Kinder so früh wie möglich mit Fremdsprachen konfrontiert werden und diese dann auch erlernen. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass **Fremdsprachen** bereits an **Grundschulen** unterrichtet werden können, ohne dass die Kinder überfordert werden. Im Gegenteil, die frühe Begegnung mit einer fremden Sprache kann sich sogar förderlich auf die Entwicklung der Muttersprache auswirken, weil Kinder dadurch für eine Beschäftigung mit Sprachen aufgeschlossen werden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Das Gleiche gilt übrigens für Minderheitensprachen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Dabei möchte ich aus SSW-Sicht noch einmal klarstellen, dass Dänisch in Schleswig-Holstein sowohl als Minderheiten- als auch als Fremdsprache betrachtet werden muss.

Die Landesregierung hat die Unterstützung des SSW, wenn sie im Bericht erklärt, dass die Kenntnis einer **Minderheitensprache** in ähnlicher Weise eine Schlüsselqualifikation sein kann wie die Beherrschung einer **Fremdsprache**. Es ist nämlich auch richtig, dass gerade die frühe Begegnung mit den Minderheitensprachen ein leichtes Heranführen an Sprachen generell ermöglicht. Dazu fördert es das Verständnis für andere Kulturen, weil diese Sprachen und Kulturen hier in Schleswig-Holstein direkt erlebbar sind.

Ich möchte nur noch einmal auf das Projekt der ADS-Kindergärten im nördlichen Landesteil verweisen, auf das EXPO-Projekt „Sprachen erlernen und erleben“ - ich weiß nicht mehr genau, wie das Projekt hieß -, das genau das war, worauf es ankommt.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Rolf Fischer [SPD])

Das Konzept der Landesregierung zur Fremdsprachenbegegnung in der Grundschule ist aus der Sicht des SSW durchdacht und sinnvoll.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Die Fremdsprachenbegegnung ist an den Grundschulen Schleswig-Holsteins ein Teil des Unterrichts, ohne dass sie ein eigenständiges Unterrichtsfach geworden ist. Die Schülerinnen und Schüler bekommen einige Lernbereiche in der fremden Sprache vermittelt. Dabei ist es für den SSW das wichtigste Argument, dass dafür keine zusätzlichen Ressourcen nötig sind, son-

(Anke Spoorendonk)

dern dass vielmehr alle Kinder Erfahrungen mit einer Fremdsprache sammeln können, ohne äußerer Differenzierung und einem Leistungsdruck ausgesetzt zu sein. Zeugnisse werden daher nicht vergeben. So ist auch gesichert, dass kein Kind in der Grundschule an der Fremdsprache scheitert.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Bis 2004 soll an allen Grundschulen in Schleswig-Holstein in einer Fremdsprache - meist Englisch oder Französisch - unterrichtet werden. Hier würden wir uns eine schnellere Umsetzung wünschen. Der Bericht zeigt ja auch, dass Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern noch etwas hinterher hinkt. Die Bildungsministerin hat es auch schon angesprochen und wir können nur an sie appellieren zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, ob es nicht machbar ist, in diesem Bereich verstärkt Ressourcen einzusetzen.

Positiv ist anzumerken, dass bisher zehn Grundschulen im Landesteil Schleswig Dänisch anbieten. Wir erwarten, dass auch dieses Angebot erweitert wird. Will man beispielsweise in Zukunft eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit erreichen, muss auch auf deutscher Seite ein besseres Sprachverständnis für **Dänisch** erreicht werden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Richtig!)

Wichtig ist dabei auch, dass man eine bessere Verzahnung des Dänischunterrichts an den weiterführenden Schulen erreicht.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

In Nordfriesland werden an 22 deutschen und dänischen Grundschulen mehr als 1.000 Schülerinnen und Schüler in der Minderheitensprache Friesisch unterrichtet. Im Gegensatz zum Fremdsprachenunterricht im übrigen Land wird Friesisch als Fach in der 3. und in der 4. Klasse als freiwilliger Unterricht angeboten und somit intensiv unterrichtet.

Für den SSW ist es dabei wichtig, dass das Erreichte unbedingt erhalten bleibt. Einen Rückschritt darf es beim **Friesischunterricht** nicht geben.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Rolf Fischer [SPD] - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme jetzt auch zum Schluss. - Deshalb ist es so wichtig, dass es auch in Zukunft genügend Lehrerinnen und Lehrer und Lehramtsanwärterinnen und -anwärter für das Fach Friesisch gibt

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

und dieses Fach dann auch an der Universität in Flensburg studiert werden kann. In dieser Hinsicht sind wir ja schon einen Schritt weitergekommen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Elf sind dort immatrikuliert!)

Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Glocke des Präsidenten)

Wir unterstützen, dass der Antrag der CDU auch an den Ausschuss überwiesen wird. Dabei kann ich mir jedoch eine kleine Bemerkung nicht verkneifen.

(Heiterkeit)

Es gehört zu meinen parlamentarischen Schlüsselerlebnissen, dass ich einmal von der CDU-Fraktion einen richtig auf den Deckel bekommen habe, weil ich mir erlaubt hatte, zu einem Bericht einen Entschließungsantrag vorzulegen; denn mir wurde gesagt, der Bericht müsse doch erst im Ausschuss erörtert werden und danach könnte man einen Entschließungsantrag annehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, nun ist aber Schluss!

(Heiterkeit)

Frau Ministerin Erdsiek-Rave hat noch einmal kurz um das Wort gebeten, das ich ihr auch gern geben möchte. Allerdings muss ich darauf hinweisen, dass dies den Fraktionen gewisse Rechte eröffnet; die können in der Geschäftsordnung nachgelesen werden.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist mir bekannt. Ich möchte mich nur noch ganz kurz mit ein paar Argumenten auseinander setzen. Wir werden die Fachfragen ja im Ausschuss noch weiter beraten.

Erstens - das ist ein mahnendes Wort an uns alle. Niemand kann an einem **Fremdsprachenunterricht in der Grundschule** Interesse haben, der nicht wirklich von Qualität geprägt ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Er darf nicht einfach einmal so nebenbei von unausgebildeten, unvorbereiteten Lehrkräften erteilt werden. Deswegen ist dies auch eine Frage der Sorgfalt schon bei der Einführung und kein Thema, das sich für po-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

pulistische Forderungen für übermorgen und danach eignet.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite Bemerkung betrifft noch einmal die so genannte **Schlusslicht-Debatte**. Das ist nun wirklich unsauber. Ich möchte nur einmal zwei oder drei Beispiele aus der Übersicht, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, vortragen. Es fielen im Übrigen ja - im Gegensatz zu sonstigen Debatten - keine Ländernamen.

Es gilt für das viel gelobte Baden-Württemberg: verbindlich - ja, ab 2001; flächendeckend - nein; Aufbau ab 2001.

Bayern: verbindlich - nein, geplant; flächendeckend - nein.

Niedersachsen: verbindlich - nein; flächendeckend - nein; Aufbau ab 2000.

Alle reden von „Aufbau“ und von „Beginn“.

Rheinland-Pfalz: verbindlich - nein; flächendeckend - nein; Zustand - zirka 30 %.

Ich finde, dass wir mit dem, was wir seit 1997 an zirka 30 % der Grundschulen - dazu gerechnet noch die Arbeitsgemeinschaften, in denen viel geschieht - aufgebaut haben, wirklich so schlecht nicht dastehen. Das sollten wir auch selbstbewusst vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kalinka, wenn Sie das nicht wissen, nehme ich Ihnen das wirklich nicht übel, aber ich gebe Ihnen gern einmal eine Liste der Grundschulen im Kreis Plön, die Fremdsprachenbegegnungen machen.

Meine Damen und Herren, ladies and gentlemen, it's a matter of quality, and it's a matter of resources, and we will do our very best. Thank you!

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja, let's go! -

(Heiterkeit)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht dem Fachausschuss zur abschließenden Beratung und den Antrag ebenfalls zur Beratung zu überweisen. - Dem wird nicht widersprochen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das haben wir dann so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 23:

Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 28. September 2000

Drucksache 15/382 (neu)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/515

Hierzu haben sich die Fraktionen darauf verständigt, den Bericht ohne Aussprache dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Mitberatend dem Bildungsausschuss wegen der Volkshochschulen!)

- mitberatend dem Bildungsausschuss, Herr Dr. Klug? - zu überweisen und diesem Bericht zugleich die Unterrichtung 14/109 hinzuzufügen.

(Holger Astrup [SPD]: Ja! - Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident, ich stelle fest, dass nicht „die Fraktionen“ dies vereinbart haben. Die antragstellende Fraktion ist davon nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Ich bin also mit diesem Beschluss nicht so zufrieden. Ich werde mich natürlich der Mehrheit beugen, aber zufrieden bin ich nicht.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Okay! Es ist wirklich notwendig, dass das Benehmen sorgfältig hergestellt wird; das ist klar.

Ich danke Ihnen für das Verständnis. Aber ich hätte normalerweise natürlich den SSW als Antragsteller zuerst aufgerufen, hier zu diskutieren. Das machen wir dann auf jeden Fall bei der abschließenden Beratung.

(Holger Astrup [SPD]: Genau!)

Wer denn so verfahren will, wie ich es eben vorgeschlagen habe, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Drücken wir es einmal so aus: Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - der CDU natürlich, Entschuldigung! - und der F.D.P. haben wir das gegen die Stimmen des SSW so angenommen.

Dann kommen wir zu Punkt 24 der Tagesordnung:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Verbraucherberatung Schleswig-Holstein e. V.

Landtagsbeschluss vom 28. September 2000

Drucksache 15/415

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/525

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/539

Ich erteile zunächst der Frau Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus das Wort zur Berichterstattung.

Sie haben das Wort, Frau Ministerin Franzen.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verbraucherschutz ist und bleibt politischer Schwerpunkt in der Politik der Landesregierung. Dabei muss man sehen, dass es im Bereich Verbraucherschutz viele Akteure gibt. Es gibt keinen Alleinvertretungsanspruch der Verbraucherzentrale, über die wir heute reden, aber richtig ist auch, dass die **Verbraucherberatung** ein wichtiges Element des Verbraucherschutzes ist und dieser Verbraucherschutz überwiegend durch die Verbraucherzentrale stattfindet.

Die Förderung der Verbraucherzentrale habe ich auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung - trotz der Sparzwänge - vorgeschlagen. Der Haushalt liegt in der Hand des Landtages. Mehr brauche ich dazu jetzt nicht zu sagen.

(Unruhe)

Der Verbraucherschutz steht vor neuen Herausforderungen, einer Umstrukturierung der Themen und so weiter. Ich sehe diese Herausforderungen als neue Chancen und stelle mir - und auch Ihnen - die Frage: Geht das nur, wenn die Bezuschussung durch das Land nach wie vor bei etwa 50 % liegt, und geht das nur mit denselben Strukturen?

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte Frau Ministerin Franzen das Wort gegeben, nicht Ihnen!

(Heiterkeit)

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Seit 1996 bemühen wir uns um ein neues, einvernehmliches Konzept. Ein Konzept liegt seit 1998 vor, aber genauso lange weiß die Verbraucherzentrale auch, dass uns dieses **Konzept** nicht ausreicht, und es gibt auch ein erhebliches **Umsetzungsdefizit** - um es freundlich so zu nennen.

Auf Bundesebene hat man sich - das lässt mich hoffen - zum 1. November 2000 geeinigt.

Sie haben ein Konzept gewünscht. Ich antworte Ihnen deutlich: Ich werde Leitsätze vortragen, und zwar auch deshalb, weil meine Philosophie ist, ein Konzept gemeinsam zu entwickeln und nicht ein Konzept überzustülpen, wie wir es ja immer wieder als Vorwurf zu hören bekommen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Jetzt komme ich zu den Leitsätzen.

Erster Leitsatz: Die Aufgaben müssen überprüft werden und insbesondere **Mehrfachangebote** müssen abgebaut werden. Das ist so selbstverständlich wie das Amen in der Kirche, findet aber nicht statt. Drei Akteure machen Ernährungsberatung, auch die Verbraucherzentrale zu 15 %. Das muss nicht sein.

Zweiter Leitsatz: Wir brauchen eine **flächendeckende Beratung**. Das heißt aber nicht, dass wir 18 oder - wie in der Planung - 15 Stellen im kleinen Schleswig-Holstein brauchen. Im fünfmal so großen Bayern gibt es 16. Da stimmt irgendetwas nicht. Da müssen wir ran.

Dritter Leitsatz: **Neue Medien** nutzen! Das ist okay und mit der europäischen Verbraucherzentrale eingeführt. Aber das muss es nicht kostenlos geben. Telefon, Fax, Internet können sehr wohl etwas kosten. Hier aber auch einmal ein Lob: Es gibt einen gemeinsamen Faxabruf der Verbraucherzentrale mit Mecklenburg-Vorpommern. Diese Wege müssen wir weiter gehen.

Vierter Leitsatz: Die **Einnahmen** sind zu verbessern. Das weiß jeder. Man kann Sparen und die Einnahmen verbessern. Der Eigenmittelanteil liegt im Haushalt der Verbraucherzentrale bei 13 %. Das lässt sich steigern. Man hat Nutzen, wenn man zur Verbraucherzentrale geht. Ich bin auch bereit, darüber zu diskutieren, wieweit wir die absolute Unschuld, das heißt keine Werbung, keine Kooperation mit der Wirtschaft, wieweit wir dies weiter schwarz-weiß diskutieren müssen oder ob es Wege gibt, auch hier Gelder, Mittel und Angebote zu akquirieren.

(Ministerin Ingrid Franzen)

Fünfter Leitsatz: Die **Effizienz** ist zu überprüfen. Was meine ich damit, was meinen wir eigentlich immer damit, wenn wir von Effizienz sprechen? Wir meinen nicht die Anzahl der Leute, die die Nase in die Tür stecken und Material mitnehmen. Das ist wie beim Tourismusverband. Da ging es auch nicht darum, wie viel Material wir verschickt haben und ob wir das Porto dafür hatten, sondern es geht darum, wie viele Gäste kommen. Die Verbraucherzentrale hat null Ahnung, wie viel Leute erfolgreich oder auch nicht erfolgreich ihre Beratung nutzen. Aber das will ich wissen, so etwas kann man herauskriegen und dafür muss man sich erst einmal diese Frage stellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sechster Leitsatz - das soll der letzte sein; nicht, weil mir nicht mehr eingefallen sind, sondern deswegen, weil man in fünf Minuten nicht mehr bringen kann -: Wir müssen ein bisschen weg von der aufsuchenden, wartenden **Beratung** hin zur hingehenden Beratung. Holen wir doch den Verbraucher dort ab, wo er steht! Dann ist die Trefferquote viel sicherer.

Abschlussbemerkung! Ich habe eine große Bereitschaft und große Lust zur konzeptionellen Zusammenarbeit. Ich will den Landtag über den Fachausschuss inhaltlich gern beteiligen. Verbraucherberatung ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe in der modernen Gesellschaft. Mein Ziel wird sein - ich hoffe, das gemeinsame Ziel wird sein -, ein zukunftsfähiges, effizientes, finanzierbares Konzept auf der Grundlage der Leitsätze gemeinsam mit der Verbraucherzentrale und mit allen anderen Beratungsmöglichkeiten, die wir in Schleswig-Holstein haben, zu erarbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für ihren Bericht. Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich darauf hinweisen, dass natürlich auch der von mir nicht erwähnte Antrag der CDU, der heute Morgen vorgelegt worden ist, Drucksache 15/539, zur Aussprache steht. Damit erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock.

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Franzen, wenn man Ihre Politik sieht und Ihre Worte hört, dann passt das nicht zusammen. **Verbraucherpolitik** ist nicht das fünfte Rad und sozusagen die letzte Kolonne der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, sondern sie ist eine originäre staatliche

Aufgabe auch im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft. Die Grenzen des Wettbewerbsrechts werden gelockert, die Werbung wird schrankenloser, neue Kommunikationstechniken strömen auf die Menschen ein und da fahren Sie die Mittel der Verbraucherberatung systematisch zurück und zerstören im Grunde die **Verbraucherberatung**. Das ist leider der Punkt. Und dann reden Sie davon, dass es eine besondere, neue Herausforderung und eine große politische Aufgabe sei. Das ist zwar richtig, aber dann können Sie Ihre Politik der Mittelverwendung so nicht fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Staat die Verbraucherberatung schon nicht selbst wahrnimmt, obwohl man sie durchaus als staatliche Aufgabe begreifen könnte - wie in Schleswig-Holstein -,

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja unglaublich! Sie glauben doch nicht, dass der Staat eine Verbraucherberatung machen soll!)

dann darf dieses Outsourcing nicht zur völligen Aufgabe der Verbraucherberatung führen. Genau dies ist gegenwärtig der Fall.

- Frau Kollegin, ich kann Sie akustisch leider nicht verstehen; ich würde gern darauf eingehen.

Dann müssen Sie auch deutlich sagen, dass Sie die Arbeit der Verbraucherzentrale so nicht mehr wollen, und das müssen Sie dann auch vertreten. Aber Sie können nicht herkommen und sagen: Das ist ein besonderer Schwerpunkt für uns, aber Mittel kriegt ihr überhaupt nicht mehr.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie über die **Ernährungsberatung** reden - wir haben uns gestern in der Agrarausschusssitzung, an der Sie leider nicht teilgenommen haben, Frau Ministerin, darüber aufklären lassen, dass das, was an Ernährungsberatung von der Landwirtschaftskammer geleistet wird, und das, was an Ernährungsberatung von der Verbraucherzentrale geleistet wird, zwei völlig unterschiedliche Paar Schuhe sind -, wenn Sie das zusammenstreichen wollen, kürzen Sie echte Verbraucherberatung. Das führt dazu, dass selbstverständlich die Verbraucher, die früher in den Genuss der Beratung gekommen wären, unaufgeklärter bleiben.

Sie spielen auch mit falschen Karten, wenn Sie behaupten, dass die Verbraucherzentrale endlich ein **Konzept** auf den Tisch legen müsste. Ihre Leute sitzen mit im **Vorstand der Verbraucherzentrale** und wissen sehr genau, dass an diesem Konzept seit Jahren trotz geringer werdender Mittel ständig gearbeitet wird und man sich ständig bemüht, bei geringer werdenden

(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)

Mitteln konzeptionell noch à jour zu bleiben. Aber die **Umweltberatung** ist inzwischen vollständig eingestellt worden, davon ist nichts mehr übrig geblieben; das haben Sie zu verantworten.

Frau Ministerin, entweder sind Sie in Ihrem Ministerium eine nicht wahrgenommene Instanz, an der die Politik Ihres Hauses vorbeiläuft, oder aber Sie handeln ganz anders als so, wie Sie es hier von sich geben.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Meine Damen und Herren, Verbraucherberatung tut in völlig anderer Weise Not. Wenn wir verhindern wollen, dass etwa im IT-Bereich die Kluft dieser Gesellschaft zwischen Wissenden und Unwissenden immer größer wird - und das müssen wir verhindern; das ist die gesellschaftspolitische Herausforderung, vor der wir stehen -, wenn wir verhindern wollen, dass eine neue Klassengesellschaft von Wissenden und Unwissenden entsteht, dann hat die Verbraucheraufklärung zur Gewährleistung und zur Ermöglichung der Marktteilnahme eine überragende Rolle und Sie sind gegenwärtig dabei, diese überragende Rolle systematisch zu zerstören. Dabei machen wir nicht mit.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Kruse.

Maren Kruse [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kerksenbrock, Ihr Beitrag in allen Ehren, aber Sie haben offensichtlich weder der Ministerin zugehört noch den Bericht gelesen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein** ist die Leitstelle zur Förderung der Verbraucherarbeit im Bundesland Schleswig-Holstein. - Diesen Satz schreibt sich die Verbraucherzentrale selbst in das 1998 vorgelegte Argumentationspapier. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Aufklärungs- und Beratungsarbeit sind uns bekannt und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger liegt vor allem in der gewährleisteten Unabhängigkeit. Obwohl uns dies alles bekannt ist, können wir doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, die vor allem in der **Organisationsstruktur** liegt, wie Frau Franzen das vorhin angesprochen hat. Die notwendigen Straffungen und Veränderungen, die wir auch an anderer Stelle immer wieder einfordern, können und müssen auch der Verbraucherberatung zugemutet werden.

Dafür möchte ich gern ein paar Beispiele geben - es ist vorhin schon angesprochen worden -: In den 15 Kreisen in Schleswig-Holstein gibt es 18 Beratungsstandorte. Daneben gibt es überschneidend an mehreren Standorten ebenfalls Beratungsstellen der **Deutschen Gesellschaft für Ernährung** und der **Landwirtschaftskammer**. Oftmals beraten diese zu gleichen oder ähnlichen Themen und Inhalten. Es muss darüber nachgedacht werden, beispielsweise die verschiedenen Beratungsstellen in einem **Beratungszentrum** zusammenzufassen und die Themen so zu verteilen, dass sie nicht mehr parallel beraten werden.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Diese Arbeit funktioniert auf anderen Themenfeldern - im Bereich Technologie - hervorragend. Neue Aufgabenverteilungen und vor allen Dingen neue Strukturen und Finanzierungen werden auf allen Ebenen diskutiert und müssen vor allem wegen der Finanzlage auch hier diskutiert werden. Diese **Kooperationsmodelle** sind bereits vor einem Jahr im Landtag ausführlich besprochen worden. Aus der Umsetzung ist dagegen nicht viel geworden. Zum Thema Umsetzung verweise ich auf die **Internetpräsentation**. Gerade auf diesem Feld ist viel zu tun, weil insbesondere jüngere Verbraucher nicht mehr persönlich Beratungsstellen aufsuchen. So gibt die Verbraucherzentrale auf ihrer Homepage selbst bekannt: „Aktuelles ist das Salz in der Suppe unserer Arbeit. Schauen Sie doch mal in unseren Pressedienst hinein!“

Wenn man dieser Aufforderung folgt, stellt man leider fest, dass diese Suppe äußerst salzarm ist. Das macht für den Bereich der Ernährungswirtschaft sicherlich Sinn. Den informationssuchenden Bürger verärgert die spärliche Betreuung des so genannten Pressedienstes mit seinen veralteten Artikeln zu Recht. Ob die angebotenen Broschüren über BSE und andere wichtige Dinge auch veraltet oder auf dem aktuellen Stand des Wissens sind, kann man daraus nicht ersehen. Nirgendwo wird ein Erscheinungsdatum angegeben.

Im krassen Gegensatz dazu steht das vorbildliche Website-Projekt des europäischen Verbraucherzentrums. Bei der mit EU-Mitteln geförderten Kieler Präsentation hat die schleswig-holsteinische Verbraucherzentrale selbst gezeigt, wie es geht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock?

Maren Kruse [SPD]:

Nein.

(Unruhe)

Umso mehr verwundern die Defizite der eigenen zentralen Präsentation. Denn gerade in der so vielfältigen **Medienarbeit**, der sich unsere Bürgerinnen und Bürger heute bedienen können, ist die Darstellung wichtiger denn je, gerade auch wegen des Wettbewerbs, der sich hier stellt. Die Informationen, die geliefert werden, werden auch von vielen anderen bedient. Ich verweise auf die Informationen von Ökotest, Stiftung Warentest, Krankenkassen, Eltern für unbelastete Nahrung, ARD-Ratgeber Gesundheit, Internet-Angebote der anderen und fast alle 163 Volkshochschulen des Landes zum Beispiel im Fachbereich Gesundheit und Ernährung. Dazu gibt es Familienbildungsstätten und alle möglichen Printmedien. Insofern ist es nicht nur sinnvoll, sondern vielmehr unumgänglich, über die Strukturen nachzudenken.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Silke Hinrichsen [SSW])

Wenn die **Verbraucherzentrale** in ihrem Schreiben vom September 2000 zu den jetzigen Sparvorschlägen folgenschwere Beschlüsse wie die **Schließung der Beratungsstellen** in Neumünster, Bad Segeberg und Schleswig ankündigt, dann ist dies nicht ein neuer Beschluss, sondern die konsequente Umsetzung der bereits im Juni angekündigten Optimierung der Standorte.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Sehr richtig!)

Nun zu dem, was im Antrag steht! Wenn wir uns wirklich von den Verbraucherberatungsstellen darüber belehren lassen müssen, ob es sinnvoll ist, dass Sechsjährige in ihrem Schulranzen ein Handy benötigen, frage ich mich, ob dort auch pädagogisch unterrichtet werden soll.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Maren Kruse [SPD]:

Ich komme zum Ende. - Die Optimierung der Standorte war sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, aber er kann nicht der letzte sein. Die Verbraucherzentrale kann sich nicht auf die Zeit verlassen, die da kommt; denn die Zukunft ist die Ausrede all jener, die in der Gegenwart nichts tun wollen.

Wir wollen daher alles tun, dass es effizienter wird, und wir werden sicherlich konsequent in die richtige Richtung beraten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Tatsache, dass wir fast am Ende dieser Sitzung sind, möchte ich es kurz machen. Fakt ist ja, dass offensichtlich alle - das habe ich auch heute wieder gehört - die **Arbeit der Verbraucherberatung** schätzen. Jedenfalls habe ich das auch der Debatte im letzten Jahr entnommen. Dabei wird insbesondere die Unabhängigkeit der Verbraucherberatung hervorgehoben. In diesem Zusammenhang verstehe ich es deshalb nicht, dass die Schlussfolgerung daraus ist, dass im Haushalt 2001 für sie 225.000 DM weniger eingestellt werden. Wir haben in Anerkennung der Arbeit der Verbraucherzentrale und der Wichtigkeit einen Antrag dahin gehend gestellt, diese Mittel nicht zu kürzen. Ich hoffe dann - auch die Ministerin hat darauf hingewiesen, dass der Landtag für den Haushalt zuständig ist - auf Ihre Unterstützung unserer Anträge. Ich glaube, damit können Sie die Wichtigkeit der Verbraucherzentrale am besten unterstreichen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, lassen Sie mich zwei Anmerkungen zu dem machen, was heute hier gesagt worden ist. Die Ministerin hat angesprochen - das halte ich für außerordentlich problematisch -, dass man gerade im Zusammenhang mit der **Verbraucherzentrale** möglicherweise auch die **Wirtschaft** mit einbeziehen kann. Wenn wir die Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale überhaupt bewahren wollen, halte ich das für einen außerordentlich problematischen Ansatz,

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

denn da vermischen sich möglicherweise Interessen, die auf keinen Fall vermischt werden dürfen.

Eine Frage an die Vorrednerin, Frau Kollegin Kruse: Ich habe nicht verstanden, was Familienbildungsstätten mit Verbraucherberatung zu tun haben. Ich habe auch nicht verstanden, wie man von Optimierung reden

(Christel Aschmoneit-Lücke)

kann, wenn man tatsächlich sagt, wir wollen dezimieren.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dr. Graf Kerksenbrock, Sie sind ja auf ganz unterschiedliche Art und Weise mit dem Kollegen Kubicki verhandelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das verbitte ich mir!)

- Ich meine nicht parteipolitisch, aber man redet ja sonst auch miteinander, Herr Kollege Kubicki.

Es war für mich schon erstaunlich, wie Sie gestern beim Thema Landwirtschaftskammer und Dr. Graf Kerksenbrock heute beim Thema Verbraucherberatungen in dieselbe Kerbe geschlagen haben. Aus unseren Deregulierern werden plötzlich Leute, die staatliche Aufgaben und staatliches Geld - unisono - in den Vordergrund stellen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

anstatt sich - wie wir - als diejenigen, die die haushaltsrechtliche Hoheit beim Umgang mit Steuergeldern haben, Gedanken zu machen, wie wir hier unserer Verantwortung gerecht werden und sehen, dass wir mit dem Geld, das wir ausgeben, optimale Strukturen hinbekommen. Die Strukturen in der Verbraucherberatung sind zurzeit nicht optimal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb sind wir gefordert, nicht die Gelddruckmaschine anzuwerfen, sondern uns tatsächlich Konzepte mit denjenigen, die diesen Prozess schon bearbeiten, zu überlegen, wie es besser, effizienter und dann für die öffentliche Hand auch kostengünstiger zu regeln ist. Das sind die Aufgaben, vor denen wir stehen. Es ist nicht damit getan, einfach noch einmal neue Haushaltsanträge zu stellen und zu sagen, wir wollen das alles so wie bisher finanziert haben. So geht es nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Ich erinnere an die Diskussion gestern im Agrarausschuss. Die **Landfrauen**, deren Kompetenz im Be-

reich Ernährungsberatung ich sehr schätze, haben zu diesem Bereich gesagt, sie hätten eine Tolerierung mit der Verbraucherzentrale. Darum kann es aber überhaupt nicht gehen, dass man sich gegenseitig in den Aufgabenfeldern, die man wahrnimmt, toleriert - die einen auf dem flachen Land und die anderen in den Städten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich würde mir wünschen, dass die Landfrauen, deren Kompetenz gerade in diesem Bereich Direktvermarktung, Verbraucher- und Erzeugerzusammenarbeit liegt, auch in die Städte gehen. Warum sollen sie nicht auch in Kiel und Lübeck Verbraucherberatung machen können!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Hier geht es also um Kooperation und neue Konzepte. Ich glaube, dass die Landesregierung - Frau Ministerin Franzen hat das ja gerade vorgetragen - mit den **Leitsätzen** eine sehr gute Grundlage geliefert hat, auf der wir im uns Ausschuss darüber Gedanken machen können, wie es weitergehen kann. Wir als Grüne stehen jedenfalls sehr dazu, dass man neue Medien nutzt, dass die Verbraucherberatung und die Verbraucherzentrale, die schon Ansätze in dieser Richtung verfolgt hat, diese Ansätze massiv weiter ausbauen, sodass die Einnahmesituation verbessert wird. Auch hier ist die Umsetzung in der Kooperation zum Beispiel mit Mecklenburg-Vorpommern nur sehr zögerlich in die Gänge gekommen. Diesen Prozess muss man beschleunigen. Hier hat die Politik auch die Aufgabe, Signale zu setzen, dass diese Beschleunigungen von den Akteuren auch ernst genommen und in die Tat umgesetzt werden. Sicherlich brauchen wir auch eine Reduzierung der Standorte. Das ist überhaupt keine Frage. Sicher muss man den Verbraucherzentralen auch mit auf den Weg geben, dass man - wenn man sich zum Beispiel den Bereich Ernährungsberatung anschaut - nicht nur neue Strukturen, sondern auch neue Konzepte braucht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gerade in dem Bereich der **Ernährungsberatung** haben wir eine sehr hohe Dichte. Das können Sie überall sehen. Überall in den Medien, in den Wochenendausgaben der Zeitungen, im Fernsehen, im Internet - überall steht etwas über gesunde Ernährung. Wenn Sie sich die gesellschaftliche Wirklichkeit einmal anschauen, werden Sie feststellen, mit der Zunahme der Verbraucherberatungsstellen sind - empirisch zumindest - gleichzeitig das Fastfood und die ungesunde Ernährung in die Höhe geschneit. Je mehr Verbrau-

(Raider Steenblock)

cherberatung wir haben, desto weniger hat sich das Verhalten der breiten Masse in diesem Bereich geändert. Auch das ist ein Problem, wo wir sagen müssen: Wir brauchen neue **Konzepte**, um an die heranzukommen, die Beratung in diesem Bereich brauchen.

Wir haben also eine Menge zu tun. Die Landesregierung hat eine vernünftige Grundlage für die Ausschussberatung geliefert. Ich freue mich darauf, dass wir auch mit dem CDU-Antrag im Ausschuss etwas auf den Weg bringen. Aber wir brauchen neue Konzepte und nicht mehr Geld.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW sowie des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lebensmittelskandale, Liberalisierung in den verschiedensten Bereichen, neue Versicherungen und vieles mehr verunsichern große Teile der Bevölkerung. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Verunsicherungen in der Bevölkerung abnehmen werden. Daher ist die **Verbraucherberatung** weiterhin eine wichtige Anlaufstelle für Rat suchende Bürger. Die Arbeit der Beratungsstellen wird angenommen und geschätzt. Das liegt unter anderem daran, dass sie im ganzen Land vor Ort tätig sind. Diese festen Anlaufstellen schaffen Vertrauen.

Die geplanten **Einsparungsmaßnahmen** der Landesregierung haben nicht zum ersten Mal dafür gesorgt, dass sich die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. um ihre Zukunft Sorgen machen muss. Die Verbraucherberatung beschäftigt den Landtag immer wieder. Und dass es im letzten Jahr nicht zu Kürzungen gekommen ist, liegt unter anderem daran, dass der Verbraucherzentrale noch Zeit für Veränderungen und neue **Konzepte** gegeben werden sollte. Diese Konzepte sollten allerdings nicht von der Landesregierung erstellt werden, sondern durch die Verbraucherberatung selbst, um ihnen so die Möglichkeit zu eröffnen, eigene Vorschläge zu machen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooendonk [SSW] und Ursula Kähler [SPD])

Ich halte jedoch die Handreichung der Landesregierung an die Verbraucherzentrale - auf die im Bericht eingegangen wird - für eine Grundlage, auf der gemeinsam aufgebaut werden kann. Daher sehe ich es jetzt als unbedingt erforderlich an, dass sich die Ver-

braucherzentrale nicht weiter in ihr Schneckenhaus zurückzieht, sondern endlich Nägel mit Köpfen macht und diese Handreichung auch annimmt.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Der **Strukturwandel** trifft nicht nur die Verbraucherzentrale. Er zieht sich leider wie ein roter Faden durch viele Organisation. Diese handeln erst, wenn - sei es auch nur angekündigt - Kürzungen vorliegen. Daher ist es dringend notwendig, dass Verbände und Organisationen aus eigener Kraft Wege finden, wie sie ihre Strukturen dahin gehend verbessern können, dass sie künftig nachhaltiger, effizienter und einträglicher arbeiten.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir wissen, dass die **Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.** bereits 1998 in Koordination mit dem Landwirtschaftsministerium ein **Konzept** für die zukünftige Verbraucherarbeit erarbeitet hat. Diese Maßnahme begrüßen wir. Wir sind aber der Auffassung, dass dies nur ein erster Schritt ist. Aus diesem Konzept ist nicht ersichtlich, welche finanziellen Auswirkungen das Konzept für die Verbraucherzentrale hat. Dies sollte nach unserer Auffassung unter anderem Ziel einer Fortschreibung des Konzeptes sein. Daher ist es wichtig zu erfahren, welche Ziele von der Verbraucherzentrale letztlich angestrebt sind und ob Aspekte des Konzepts bereits mit Leben erfüllt wurden.

Weiter sollte vonseiten der Verbraucherzentrale darüber nachgedacht werden, inwieweit eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen Organisationen vorstellbar ist und inwieweit sich die bereits angesprochenen vorhandenen parallelen Strukturen vermeiden lassen. Ein konkreter Konzeptvorschlag wurde noch einmal im Finanzausschuss eingefordert. Ich hoffe, man kann die eingehenden Vorschläge gemeinsam beraten und entsprechend bewerten. Erst dann ist unserer Meinung nach eine Bewertung in Mark und Pfennig möglich.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, es ist zu unruhig. Herr Abgeordneter Kayenburg wird mir sicherlich zustimmen, dass wir im neuen Plenarsaal Drehsessel bestellen sollten.

(Heiterkeit)

Silke Hinrichsen [SSW]:

Der Bericht macht deutlich, dass ein solcher Schritt vonseiten der Landesregierung auch nicht gewollt ist.

Die Verbraucherzentrale sollte aber selbst die Chance nutzen, ihre Zukunftsvorstellungen in Kooperation mit der Landesregierung zu formulieren. Wir können die Intention der Landesregierung nachvollziehen, die Kürzungen als Druckmittel zur Weiterentwicklung der Verbraucherzentrale zu nutzen, auch wenn dies nicht unbedingt die feine Art ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, die Sozialverbände - und das ist für mich das Problem - bekommen einfach mitgeteilt, dass etwas geändert worden ist und sie ein neues Konzept vorlegen müssen. Die Organisationen machen das auch - häufig mit sehr viel ehrenamtlicher Unterstützung. Wenn es sich bei der Verbraucherzentrale so lange hinzieht, wäre es notwendig, dass die Organisation langsam auch einmal etwas macht.

(Beifall beim SSW)

Wichtig wird es auch sein zu erfahren, in welchem Zeitraum sich so ein Konzept umsetzen lässt. Dies zu erfahren ist sowohl für die Landesregierung als auch für die Verbraucherzentrale von Bedeutung, da nur so Planungssicherheit geschaffen wird.

Aus Sicht des SSW muss bei einem neuen Konzept weiterhin die flächendeckende Beratung möglich bleiben. Auch sollten hier die neuen Medien - das haben die Vorrednerinnen und Vorredner bereits angesprochen - verstärkt in die Beratungsleistung einfließen.

Da eine vernünftig organisierte und funktionierende Verbraucherberatung in Schleswig-Holstein weiterhin gewährleistet bleiben muss - darin sind wir uns alle einig, wie ich meine -, besteht noch dringender Klärungsbedarf. Dies sollte im Ausschuss besprochen werden.

Zu diesem Antrag möchte ich abschließend sagen, ich finde es spannend, dass wir bereits eine Entschließung zu dieser Sache bekommen haben. Ich schließe mich den Worten meiner Vorrednerin an. Frau Spoorendonk hatte vorhin gesagt, es sei eine Überraschung, parallel zu einem Bericht die Entschließung zu erhalten.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ja! - Beifall beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Aufgrund dessen, was ich an Antragstellung gehört habe, schlage ich Ihnen vor, den Bericht zur abschließenden Beratung dem Fachausschuss zu überweisen. Wird Mitberatung gewünscht?

(Zurufe: Nein!)

- Nein. - Soll der Antrag ebenfalls dem Fachausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss überwiesen werden?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Dem Wirtschaftsausschuss!)

- Mitberatend dem Wirtschaftsausschuss! - Also wird er beiden, dem Agrarausschuss federführend und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss, überwiesen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Weitere Tagesordnungspunkte kann ich leider nicht aufrufen. Ich weise nur noch darauf hin, dass der Beginn der 8. Tagung am 13. Dezember um 10:00 Uhr ist. Ich wünsche Ihnen ein gemütliches November-Wochenende und schließe hiermit die Tagung.

Schluss: 12:53 Uhr